

Dokumentation

Bruno Reble



**175 Jahre Menschen**  
in der Provinzial Rheinland Versicherung



1836 - 2011



Herausgeber: [geschichtswerkstatt-duesseldorf.de](http://geschichtswerkstatt-duesseldorf.de)



**Bert Brecht**

## Fragen eines lesenden Arbeiters

Wer baute das siebentorige Theben ?  
In den Büchern stehen die Namen von Königen ?  
Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt ?  
Und das mehrfach zerstörte Babylon -  
Wer baute es so viele Male auf ? In welchen Häusern  
Des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute ?  
Wohin gingen an dem Abend, wo die chinesische Mauer fertig war  
Die Maurer ? Das große Rom  
Ist voll von Triumphbögen. Wer errichtete sie ? Über wen  
Triumphierten die Cäsaren ? Hatte das vielbesungene Byzanz  
Nur Paläste für seine Bewohner ? Selbst in dem sagenhaften Atlantis  
Brüllten in der Nacht, wo das Meer es verschlang  
Die Ersaufenden nach ihren Sklaven.

Der junge Alexander eroberte Indien.  
Er allein ?  
Cäsar schlug die Gallier.  
Hatte er nicht wenigstens einen Koch bei sich ?  
Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte  
Untergegangen war. Weinte sonst niemand ?  
Friedrich der Zweite siegte im Siebenjährigen Krieg. Wer  
Siegte außer ihm ?

Jede Seite ein Sieg.  
Wer kochte den Siegeschmaus ?

Alle zehn Jahre ein großer Mann.  
Wer bezahlte die Spesen ?

So viele Berichte.  
So viele Fragen-

### Impressum

175 Jahre Menschen in der  
Provinzial Rheinland Versicherung

Redaktion, Text und Layout: Bruno Reble  
Kirchfeldstr.87, D - 40215 Düsseldorf

Stand: DEZ 2011 Mail: [bruno@reble.net](mailto:bruno@reble.net)

Herausgeber: Geschichtswerkstatt Düsseldorf

Fotos: Alle nicht namentlich gekennzeichneten  
Fotos stammen aus dem Archiv des Verfassers.

Edition im Eigenverlag ohne ISBN-NR  
Registrierung als Netzpublikation bei Deutsche  
Nationalbibliothek; download ebenda als PDF-  
Datei oder bei [www.reble.net](http://www.reble.net)

Umschlaggestaltung: Die Karikaturen wurden  
entnommen aus „Freakadellen und Bulletten“  
von Gerhard Seyfried, Elefanten Press 1979  
(mit freundlicher Genehmigung des Verlags).

Erstausgabe: 1986 unter dem Titel „150 Jahre  
Menschen in der PROVINZIAL und drumherum“  
als Sonderausgabe von ANSTALTSECHO,  
Zeitung der HBV-Betriebsgruppe in den  
Provinzial Versicherungsanstalten.

### Literatur

Amtsblatt von Düsseldorf 1886

Heinrich Heine: Die Wahl-Esel. Ein satirisches Lesebuch,  
zusammengestellt von Lutz Görner, Köln 1979

Klönne / Reese: Kurze Geschichte der deutschen Gewerk-  
schaftsbewegung, Frankfurt/M. 1986

Kuczynski, Jürgen: Geschichte des Alltags des Deutschen  
Volkes, Köln 1982

Limmer, Hans: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung,  
München 1973

Matull, Wilhelm: Der Freiheit eine Gasse, Geschichte der  
Düsseldorfer Arbeiterbewegung, Bonn 1980

Provinzial Düsseldorf: 250 Jahre Öffentliche Feuerversiche-  
rung im Rheinland, Düsseldorf 1972

Heinzen / Koch: Heimatstadt. Über das Leben in großen  
Siedlungen. Eine Bestandsaufnahme in Düsseldorf, Berlin  
1982

Knorr, Lorenz: Geschichte der Friedensbewegung in der  
Bundesrepublik, Köln 1984

Staatliche Kunsthalle Berlin (u.a.): RATIONALISIERUNG  
1984, Berlin 1983

**D**as Jahr 2011 wird in die Chronik der Provinzial Rheinland Versicherung als Jubiläumsjahr eingehen und mit Jubelveranstaltungen und Hochglanzbroschüren gefeiert.



175 Jahre  
Sicherheit  
im Rheinland  
1836 - 2011

Eine offiziellen Eindruck kann man sich über die Website [www.provinzial.com](http://www.provinzial.com) verschaffen, wo aber die Geschichte der kleinen Leute zumeist im Dunkeln verharret.

### Die im Schatten sieht man nicht

Oder wo kann man nachlesen, wie sie vor 50 oder 100 Jahren gelebt und gearbeitet haben: ob Pförtner oder Bote, ob Telefonistin oder Stenotypistin, Lehrling oder Verwaltungsangestellter, Sekretär oder Inspektor?



In den offiziellen Archiven und Jubeldokumentationen kann man lange danach suchen und außer einigen (zumeist mündlichen) Überlieferungen ist oft nicht viel aufzufinden.

Deshalb wollen wir im Folgenden die Gewichte verschieben und die Geschichte aus einem ungewohnten Blickwinkel darstellen: Im Mittelpunkt des Geschehens sollen die arbeitenden Menschen und ihre Organisationen stehen.

Als Ausgleich dafür werden die Personen, die sonst auf der Sonnenseite der Geschichte herum stolzieren, etwas vernachlässigt. Denn über sie haben uns die Chronisten schon genug hinterlassen, über Kaiser und Könige, Generäle und Generaldirektoren, Kaufleute und Minister.

Und was hat man uns nicht alles überliefert: von ihren rauschenden Festen und prunkvollen Gelagen, von großen und kleinen Taten, von Siegen und Niederlagen, Anekdoten und Legenden.

Eine dieser Aktivitäten trägt das Datum des 5. Januar 1836:



„Wir

*Friedrich Wilhelm,  
von Gottes Gnaden,  
König von Preußen, (...)  
finden uns veranlaßt (...)  
folgende nähere Vorschriften  
zu ertheilen.“*

**S**o hat es also vor 175 Jahren angefangen. Durch eine königliche Verordnung werden in der damaligen preußischen Rheinprovinz zwei Feuerversicherungsanstalten miteinander verschmolzen:

☒ Die BERGISCHE FEUER-ASSEKURANZ-GESELLSCHAFT, gegründet 1801 in Düsseldorf (wobei deren Ursprünge wiederum auf eine Feuersozietät für das Herzogtum Kleve und das Jahr 1722 zurückgehen)

☒ und die KOBLENZ-TRIERISCHE-BRANDVERSICHERUNGSANSTALT

Die neue Anstalt firmiert unter dem Namen RHEINISCHE PROVINCIAL FEUERSOZIIETÄT und nimmt am 1. Januar 1837 ihren Geschäftsbetrieb in Koblenz auf.

**G**anze 12 königliche Beamte sind damals mit der Verwaltung eines einzigen Versicherungszweiges beschäftigt: der Gebäude-Feuer-Versicherung.

Es gibt kein Verkehrsnetz im heutigen Sinne. Versicherungspolice werden mit Tinte und Feder ausgestellt. Telefon und elektrischer Telegraph sind noch unbekannt.



1838

Die erste Eisenbahn in der Rheinprovinz wird von Düsseldorf bis Erkrath in Betrieb genommen und 1848 bis Elberfeld erweitert.

Düsseldorf ist noch ein beschauliches Verwaltungszentrum mit rund 30.000 Einwohnern, ohne nennenswerte Industrie.

Die Industrialisierung hat gerade erst begonnen (ca. ab 1820) und führt unter den frühkapitalistischen Arbeitsbedingungen zu einer wachsenden Verelendung der Lohnarbeiter und zu katastrophalen sozialen Verhältnissen, während auf der anderen Seite Fabrikbesitzer, Gutsherren und Adel in Saus und Braus leben.

Die extreme Ausbeutung jener Tage kann man am deutlichsten an der ständigen Ausdehnung der Arbeitszeit erkennen:

So war es noch zu Beginn des 19ten Jahrhunderts beispielsweise im Handwerk üblich, durch die Praxis des „blauen Montags“ nur an 5 Tagen in der Woche zu arbeiten; und dies vom Ende bis zum Einbruch der Dunkelheit, d.h. im Jahresdurchschnitt ergab sich eine Arbeitszeit von täglich 12, bzw. wöchentlich 60 Stunden.

Dies ändert sich mit dem Aufkommen der Industrie: Durch den Drang der Unternehmer, die teuren Maschinen so lange wie möglich laufen zu lassen und dadurch maximalen Gewinn aus der Produktion zu ziehen, wird die Arbeitszeit zunächst in den Fabriken – aber dann auch auf andere Bereiche übergreifend – immer mehr ausgedehnt.

### **„Blau machen“ wird verboten**

Der „Blaue Montag“, der in einigen Bereichen Praxis war und eine Fünf-Tage-Woche ermöglicht hatte, wird von der Obrigkeit verboten: in Preußen durch ein Dekret des „PROVINCIAL-Gründers“ Friedrich Wilhelm III.

Die Nachtarbeit nimmt zu, Sonntagsarbeit wird häufiger; Arbeitszeiten von 13-14 Stunden für Männer, Frauen und Kinder sind schon um 1830 keine Seltenheit mehr. In den vierziger Jahren gibt es sogar Arbeitstage von 17 Stunden und mehr, auch im Handwerk und auf dem Land.

Hunger und Elend sind der Lohn für die Mehrheit der arbeitenden Menschen.

**E**benso finster wie um die materiellen Lebensbedingungen ist es auch um die demokratischen Rechte bestellt.

Die freie Meinungsäußerung ist verboten. Wer einen Text veröffentlichen will, muss diesen erst bei der reaktionären Obrigkeit zur Zensur vorlegen.

*„Denk ich an Deutschland  
in der Nacht,  
dann bin ich um den  
Schlaf gebracht.“*

Viele denken damals so wie der Dichter Heinrich Heine, geb. 1797 in Düsseldorf auf der Bolkerstraße.



Um so etwas laut zu sagen oder zu veröffentlichen ist Heine gezwungen, seit 1831 im Pariser Exil zu leben, da er in Preußen wegen seiner freiheitlichen Gesinnung und seiner spitzen Zunge steckbrieflich verfolgt wird und seine Werke verboten sind.

Bei derartigen Verhältnissen ist es nicht verwunderlich, dass die gekrönten Häupter trotz eines gewaltigen Polizei- und Militärapparats von einer permanenten Sorge geplagt werden:

Sie müssen damit rechnen, dass ihre Untertanen nicht ewig unterdrückt sein wollen und es zu einem blutigen Umsturz kommen könnte, so wie 1789 in der Französischen Revolution.

## „Da gnade Gott denen von Gottes Gnaden!“

Georg Christoph Lichtenberg (1742 – 1799)

Um sich für einen derartigen Fall „rückzuversichern“ haben sich 34 gekrönte Monarchen und 4 Freie Städte im DEUTSCHEN BUND zusammen gefunden, um sich gegenseitige Militärhilfe bei der Zerschlagung von eventuellen Volksaufständen zuzusichern.

Mit Pressezensur, Verboten und Verfolgungen versucht der DEUTSCHE BUNDESTAG die immer stärker aufkommende nationale und freiheitliche Bewegung zu knebeln.

Armes, unglückliches Vaterland! welche Schande steht dir bevor, wenn du sie erträgst, diese Schmach! welche Schmerzen, wenn du sie nicht erträgst!

Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden. Nicht bloß, daß jene Bundestagsordnungen voraussetzen, wir ließen uns alles gefallen: man möchte uns dabei noch einreden, es geschehe uns ja eigentlich gar kein Leid oder Unrecht.

Wenn ihr aber auch mit Zuversicht auf knechtische Unterwürfigkeit rechnen durftet, so hattet ihr doch kein Recht, uns für Dummköpfe zu halten. Eine Handvoll Junker, die nichts gelernt haben als ein bißchen Roßtäuscherei, Volteschlagen, Becherspiel oder sonstig plumpe Schelmenkünste, womit man höchstens nur Bauern auf Jahrmärkten übertölpeln kann: diese wähen damit ein ganzes Volk betören zu können, und zwar ein Volk, welches das Pulver erfunden hat und die Buchdruckerei und die »Kritik der reinen Vernunft«. Diese unverdiente Beleidigung, daß ihr uns für noch dümmer gehalten, als ihr selber seid, und euch einbildet, uns täuschen zu können, das ist die schlimmere Beleidigung, die ihr uns zugefügt in Gegenwart der umstehenden Völker.

Diese entlarvenden Sätze stammen nicht 1986 aus den Akten des Deutschen Bundestags zur Untersuchung der Spendenaffäre um den Kriegsverbrecher und Großaktionär Friedrich Flick ...

...sondern aus der Feder Heinrich Heines (Französische Zustände) geschrieben 1832 im Pariser Exil.

Heine prangert die Missstände seiner Zeit nicht nur schonungslos an, sondern entwirft auch Vorstellungen von einem besseren Leben auf Erden.



Wir wollen auf Erden glücklich sein,  
 Und wollen nicht mehr darben;  
 Verschlemmen soll nicht der faule Bauch  
 Was fleißige Hände erwarben.  
 „Es wächst hienieden Brot genug  
 Für alle Menschenkinder,  
 Auch Rosen und Myrten, Schönheit und  
 Lust,  
 Und Zuckereersben nicht minder.  
 Ja, Zuckereersben für jedermann,  
 Sobald die Schoten platzen!  
 Den Himmel überlassen wir  
 Den Engeln und den Spatzen.“

Heinrich Heine Materialien, Leben und Werk,  
 Die Götter der Zukunft, 1844

**A**uf Dauer ist der Fortschritt – weder mit Zensur noch Militär – aufzuhalten. Im März 1848 kommt es in ganz Deutschland zu revolutionären Erhebungen.

Die Macht der überlebten Institutionen, von Königen, Großfürsten und sonstigen Ordnanzen, gerät ins Wanken.

Doch mit Versprechungen und geringfügigen Zugeständnissen an das liberale Bürgertum gelingt es den reaktionären Kräften, im Sattel zu bleiben und nach kurzer Zeit des taktischen Hinhaltens, die alte Friedhofsruhe wieder her zu stellen.

Die Zensur wird erneuert, die Geheimpolizei vergrößert und gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter verboten. Die Zersplitterung Deutschlands in über 30 Einzelstaaten mit unterschiedlichen Gesetzen, Maßen, Münzen und Gewichten bleibt erhalten.

1848

Auch in Düsseldorf bekommt der preußische König Friedrich IV die Erbitterung der Bürger zu spüren, als er im August auf der damaligen Kastanienallee mit „Pädskötteln“ (hochdeutsch: Pferdeäpfel) beworfen wird.

Hinterher findet in Berlin ein beschämendes Buhlen um Herrschergunst statt. Als erste Wiedergutmachung wird von der Düsseldorfer Stadtobrigade die Umbenennung der Kastanienallee – als Tatort des Zwischenfalls – in Königsallee zugesagt.

Außerdem solle die südliche Neustadt den Namen FRIEDRICHSTADT tragen und deren Hauptstraße in Friedrichstraße benannt werden.

Und da ein König bekanntlich auch eine Königin hat, solle die Straße, die der Friedrichstr. zur Seite lag, in Elisabethstraße getauft werden.

Alle diese Namen haben sich bis heute gehalten und beweisen, dass auch ein bisschen Pferdemit manchmal eine lange Geschichte haben kann ● ● ●

## Entstehung der Arbeiterbewegung

„Schon seit geraumer Zeit war zu erkennen gewesen, dass der Kapitalismus (...) auch starke soziale Spannungen hervorrief. Die Arbeiterbewegung, die sich zunächst gegenüber den demokratisch-liberalen Zielen des Bürgertums aufgeschlossen gezeigt hatte, rückte davon ab, als sie immer wieder feststellen musste, dass sie für ihre krisengefährdete, sozialpolitische und arbeitsrechtliche Lage bei ihren Arbeitgebern kein Verständnis fand.

Es entstand die Arbeiterbewegung. Sie erhielt durch die von *Karl Marx* unter Mitwirkung von *Friedrich Engels* – beide waren Rheinländer – geschaffene Theorie vom wissenschaftlichen Sozialismus eine eigenständige Ideologie: den Marxismus.

Er führte im Jahre 1869 zur Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei durch *Wilhelm Liebknecht* und den ebenfalls im Rheinland geborenen *August Bebel*.“

Quelle: 250 Jahre Öffentliche Feuer-  
versicherung im Rheinland

Herausgeber: Provinzial Düsseldorf 1972



Karl Marx

\*1818 in Trier † 1883 in London



Friedrich Engels

\* 1820 in Barmen † 1895 in London



August Bebel

\* 1840 in Köln-Deutz † 1913

In Preußen wird 1849 ein reaktionäres Wahlgesetz erlassen, das „Drei-Klassen-Wahlrecht“, welches die Volksmassen entrechtet.

Die wenigen Höchstbesteuerten wählen genauso viel Abgeordnete wie die größere Zahl der Angehörigen von Mittelschichten; und diese wiederum genauso viel wie die Masse der gering besteuerten Arbeiter.

Konkret wirkt sich das so aus, dass noch 1908 im Preußischen Landtag die Konservative Partei 152 Mandate erzielt (bei 354.000 Wählerstimmen), während die Sozialdemokratische Partei nur auf 7 Mandate kommt (bei 598.000 Wählerstimmen).

Zur Wahlberechtigung muss man das Heimat- und Bürgerrecht besitzen. Diese Rechte – sie können käuflich erworben werden – kosten viel Geld. In manchen Orten schließen sich Arbeiter zu Sparvereinen zusammen, um die erforderlichen Gebühren zum Erwerb dieser Rechte in wöchentlich kleinen Raten anzusammeln.

Am rechtlosesten sind jedoch die Frauen: Bis 1908 gilt das aus der Mitte des 18ten Jahr-



hunderts stammende Vereinsgesetz, in dessen § 8 es heißt:

**„Vereine, welche bezwecken, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern, dürfen keine Frauenpersonen, Schüler oder Lehrlinge als Mitglieder aufnehmen.“**

Als diese Beschränkungen fallen, müssen Frauen, die ihre Männer in Versammlungen begleiten, in sichtbar abgegrenzten Räumen sitzen und dürfen sich weder an Diskussionen noch an Beifallskundgebungen beteiligen.

Das Wahlrecht schließlich wird den Frauen erst ab 1919 gewährt.

**1886**

50 Jahre PROVINZIAL. Die Belegschaft ist mittlerweile auf 72 Beamte angewachsen.

Sitz der Hauptverwaltung ist seit 1875 Düsseldorf, das eine stürmische Industrialisierungsphase durchläuft und mittlerweile auf mehr als 85.000 Einwohner angewachsen ist.

Gewerkschaftliche oder sozialdemokratische Aktivitäten sind durch das „Sozialistengesetz“ (1878-90) verboten.



Den Starken entwaffnen und dem Schwachen die Macht einräumen, das hieße: die menschliche Ordnung auf den Kopf stellen und meine Mission ist uns dieselbe zu erhalten.  
Anatole France

Preußische Justiz.

# Amtsblatt

der

Königlichen Regierung zu Düsseldorf.

Jahrgang 1886.

Nr. 543.

Nr. der Bekanntm.

## Zusammenstellung

der in den öffentlichen Anzeigern Nr. 56, 57, 58 und 59 zur Besetzung angezeigten, gegenwärtig vakanten Dienststellen.

- 2577 Lehrerstelle an der kath. Volksschule zu Bantum. Einkommen 750 Mark und 108 Mark Mietpächterschädigung.
- 2578 Lehrerstelle an der kath. Volksschule zu Kupferdreh. Einkommen 1050 Mark, steigend bis 1200 Mark neben freier Wohnung.
- 2579 Polizeidienerstelle für die Stadt- und Landbürgermeisterei Kaiserwerth. Einkommen 900 Mark, 72 Mark Kleidergelber und 60 Mark Wohnungsgeldzuschuß.

**Jahreseinkommen!**

## Nachweisung

der Konsumtibilien-Durchschnittspreise im Regierungsbezirk Düsseldorf pro Monat März 1886.

11. Fleisch.		12. Eipöbutter.	13. Eier.	14. Mehl I.	15. Roggen I.	16. Gersten I.	17. Weizen I.	18. Hafer I.	19. Kaffee.	20. Salz.	21. Schweinefleisch.					
1 Liter Milch 17 Pf.	1 Liter Essig 20 Pf.	1 Kgr. Nierenfett 1 Mark.	1 Kgr. Schwarzbrod 18 Pf.	Es kostet 1 Kilogramm												
Kuh		Schaf		Hühner		Gänse		Enten		Schweine						
von d. Reute	Band Fleisch.	schmale	Rind	Hamm	Speck (ger.)	Es kostet 1 Kilogramm		Es kostet 1 Kilogramm		Es kostet 1 Kilogramm						
1.40	1.30	1.40	1.40	1.36	2.50	3.30	3.2	3.2	4.0	3.6	4.0	4.6	5.2	3.50	2.0	1.60

## Verordnungen u. Bekanntmachungen der Provinzial-Behörden.

624. 599. Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 13. Mai d. J. (§. 285 der Protokolle) beschlossen: I. Die Bestimmungen des Begleitscheinregulativs (Beschluss des Bundesraths des Zollvereins vom 20. December 1869, §. 158 der Protokolle) werden, wie folgt, abgeändert, bezw. ergänzt.

Der §. 7 erhält folgende Fassung: „Die Ausfertigung eines Begleitscheins I erfolgt nach dem Muster A, und zwar entweder: a. durch Ausfüllung der Spalten 1 bis 11 und 13 nach Anleitung der Probeeintragung 1 für sämtliche zu der betreffenden Sendung gehörige Waaren, oder b. in der Art, daß auf die dem Begleitschein anzufügende Anmeldung (§. 4) Bezug genommen wird, oder endlich c. bei Benutzung des Musters A als Anmeldung nach Anleitung der Probeeintragungen 2 und 3.“

934. 912. Des Königs Majestät haben zu befehlen geruht, daß der Rheinische Provinzial-Landtag zum 7. November d. J. nach Düsseldorf zusammen berufen werde.

## Bekanntmachungen auf Grund des Reichs-Gesetzes vom 21. October 1878.

701. 674. Auf Grund des §. 12 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. October 1878 wird hierdurch zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß das Flugblatt mit der Ueberschrift: „Arbeiter, Handwerker, Bürger!“ und den Eingangsworten: „Unsere gesammte wirthschaftliche Entwicklung strebt unwiderstehlich dahin, den Reichen immer reicher, den Armen immer ärmer zu machen etc.“ ohne Angabe des Druckers und Verlegers, nach §. 11 des gedachten Gesetzes durch den Unterzeichneten von Landespolizeiwegen verboten worden ist.

Berlin, den 21. Juli 1886.  
Der Königliche Polizeipräsident: von Richthofen.

## Personal-Chronik.

525. 505. A. Ordens-Verleihungen. Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Geh. Kommerzienrath Krupp zu Essen die Annahme und Anlegung des von Seiner Majestät dem Sultan ihm verliehenen Medschidie-Ordens 1. Klasse zu gestatten.

Der gewerkschaftliche Kampf im 19ten Jahrhundert ist neben dem Kampf um höhere Löhne immer auch ein Kampf um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit.

Im Jahre 1889 findet zum 100. Jahrestag der Französischen Revolution in Paris eine internationale Arbeiterversammlung statt.

Sie erklärt den 1.Mai zum internationalen Kampftag zur Durchsetzung des Acht-Stunden-Tages.



Zunächst können nur Teilerfolge durchgesetzt werden:

- 1881 kommt es zur ersten gesetzlichen Begrenzung der Frauenarbeit in Deutschland.
- 1908 wird die tägliche Höchstarbeitszeit für Frauen von 16 auf 11 Stunden gesenkt, während um
- 1910 in den meisten Industriebereichen der Zehn-Stunden-Tag bereits Wirklichkeit ist.

Der entscheidende Durchbruch wird erst 1918 erzielt am Ende eines vierjährigen blutigen Völkermordens. Im Zuge der Novemberrevolution gelingt es der Arbeiterbewegung wichtige Forderungen durchzusetzen.

So wird der Acht-Stunden-Tag bei wöchentlich 48 Stunden gesetzlich verankert, die Einrichtung von Betriebsräten und die Einführung des Frauenwahlrechts. Außerdem wird der 1.Mai zum gesetzlichen Feiertag erklärt.

Der Versuch von reaktionären Generälen, diese Errungenschaften im Jahre 1920 durch einen Militärputsch wieder rückgängig zu machen, scheitert am Generalstreik der Gewerkschaften.

An der Spitze der Putschisten übrigens ein verborbener, stockreaktionärer Junker namens KAPP, ostpreußischer General-Landschaftsdirektor und Vorsitzender des Verbandes öffentlich-rechtlicher Lebensversicherer, einem Verband, dem auch die PROVINZIAL-LEBEN (gegr. 1913) angeschlossen ist.

Gerade die Geschichte der Weimarer Republik zeigt die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfs. Von sich aus lassen die Unternehmer keinerlei Verbesserungen im Arbeitsleben zu.

Alle Errungenschaften müssen erkämpft und laufend verteidigt werden.

### **Zersplitterung bedeutet Schwäche**

Dabei wird die Gewerkschaftsbewegung zunehmend durch die Zersplitterung in Richtungsgewerkschaften geschwächt.

Die wichtigsten Hauptströmungen sind:

#### **1. Freie Gewerkschaften**

Sie schließen sich nach 1890 aus örtlichen Berufsverbänden zu einem Zentralverband zusammen und stehen politisch der Sozialdemokratie nahe.

Die Zahl ihrer Mitglieder wächst von rund 200.000 im Jahre 1892 auf rund 8 Mio. im Jahre 1922. Sind es anfangs fast ausschließlich Arbeiter mit männlichem Geschlecht, so steigt nach 1918 allmählich auch der Anteil der Frauen, Angestellten und Beamten im ADGB, der Dachorganisation der Freien Gewerkschaften.

#### **2. Christliche Gewerkschaften**

Um die Jahrhundertwende gegründet, sind sie politisch dem ZENTRUM verbunden. Ihre Mitgliederzahl wächst bis 1922 auf rund 1 Mio.

#### **3. Hirsch-Dunkersche Gewerkvereine**

Gegründet um 1870 orientieren sie sich politisch am Liberalismus und stehen in freundlichem Einvernehmen mit den Unternehmern. Demzufolge ist ihr Einfluss bei abhängig Beschäftigten verschwindend gering, was sich aus der Mitgliederstärke von rund 200.000 im Jahr 1922 ablesen lässt.

Neben der politischen Spaltung der Gewerkschaften in 3 Hauptströmungen gibt es noch diverse berufsständische Zergliederungen (z.B. Sonderorganisationen für Angestellte, Beamte, usw.), deren Aufzählung wir uns an dieser Stelle ersparen wollen.



# Das Großkapital setzt auf Hitler

Am 26. Januar 1932 herrscht auf dem Düsseldorf-er Arbeitsamt viel Betrieb. Schließlich zählt die Stadt über 65.000 Arbeitslose und alle müssen zum Stempeln kommen.

Von hier nehmen auch die Demonstrationen ihren Ausgang, wenn durch Notverordnungen die kärgliche Unterstützung erneut gekürzt wird. Doch heute gibt es einen anderen Anlass.

## „Hitler im Parkhotel“

Diese Nachricht verbreitet sich wie ein Lauffeuer und setzt hunderte in Bewegung. Und während vor den Fenstern des Parkhotels die Rollläden herunterrasseln, erschallen immer wieder Rufe: „Nieder mit Hitler!“

Hitler, das ist der Krieg!“ solange bis die Polizei nach bewährtem Muster für „Ruhe und Ordnung“ sorgt und eine Anzahl von Antifaschisten in den Keller der Oper einsperrt.

Währenddessen erläutert Adolf Hitler seine Ziele vor einem erlauchten Publikum von etwa 600 Bankiers und Großindustriellen, darunter Namen wie Thyssen, Flick, Krupp und Henkel. Er verspricht den Anwesenden die Zerschlagung der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung, die Abschaffung demokratischer Wahlen, Ausbau der Reichswehr, verstärkte Rüstung und die Eroberung von „neuem Lebensraum“ im Osten.

Kein Wunder, dass bei derartigen Aussichten viele Zuhörer ganz glänzende Augen bekommen und den Entschluss fassen, die Nazi-Partei noch stärker als bisher mit Spenden zu unterstützen.

Ein Jahr später, am 30. Januar 1933, ist es dann soweit:

Die vom großen Geld betriebene Machtübertragung an Hitler findet statt und die dem Großkapital gegebenen Versprechungen werden zielstrebig in die Tat umgesetzt.

Zuerst wird die KPD, dann die SPD und die anderen Parteien verboten.

Am 2. Mai 1933 stürmen braune SA-Horden die Gewerkschaftshäuser. Zahlreiche Gewerkschaftler werden verhaftet, in Zuchthäuser oder Konzentrationslager verschleppt; viele werden gefoltert und ermordet.

Die gewerkschaftlichen Organisationen werden zerschlagen und ersetzt durch den Zwangsverband DEUTSCHE ARBEITSFRONT, eine Unterorganisation der NSDAP. Tarifautonomie und freie Wahl des Arbeitsplatzes werden aufgehoben

Die Großindustrie, die vorher Millionenbeträge in die NAZI-Partei investiert hat, kann nun die Früchte ernten:



Rüstungsausgaben Deutschlands in Prozent zum Volkseinkommen

Jahr	32	33	34	35	36	37	38
%	2	7	10	16	21	22	32

Quelle: J. Kuczynski. Das große Geschäft. Berlin 1967, S.136

Ohne Gewerkschaften und bei einem Lohnniveau, das auf niedrigstem Stand eingefroren ist, lassen sich die Unternehmergewinne bei wachsender Produktion von Jahr zu Jahr in die Höhe schrauben.

Das gilt insbesondere für Konzerne wie Flick und Krupp, die noch zusätzlich am Rüstungsboom profitieren und am Raub („Arisierung“) von jüdischem Vermögen.



Gerd Arntz 1934 / 1935 Das Dritte Reich

Um ihr Regime für einen neuen, noch gigantischeren Raubzug gegen die Völker Europas vorzubereiten, wird das Land mit einem dichten Netz von Konzentrationslagern überzogen. Wer Widerstand leistet und dabei in die Fänge der GESTAPO gerät, muss mit schwersten Folterungen, langjähriger Einkerkierung oder gar mit dem Tod rechnen.

Neben diesem offenen und brutalen Terror gegenüber allen Antifaschisten, wenden die Nazis noch eine andere Methode der Herrschaftssicherung an. Sie besteht aus wohldosierten und geschickt verpackten „Zuwendungen“, mit denen gezielt versucht wird, die Sympathien der kleinen Leute zu gewinnen.

### *Mit Zuckerbrot und Peitsche*

Wie so etwas funktioniert, lässt sich recht gut am Beispiel der PROVINZIAL aufzeigen:

# Provinzial-Feuer- Versicherungsanstalt der Rheinprovinz.

Gegründet 1886.

Generaldirektion: Düsseldorf, Friedrichstraße Nr. 70/74.

Dienststunden im Sommer: 7<sup>1/2</sup>–18 (Mittwochs und Samstags bis 18<sup>1/2</sup>) und 15<sup>1/2</sup>–19 Uhr;  
Mittwochs und Samstags nachmittags geschlossen.

Fernsprech-Anschluß: Sammel-Nummer 10441.

Drahtname: Provinzialfeuer.

Postkassentonto Nr. 2680 Postfachamt R5In.

## Ämtliche Mitteilungen

Nr. 2. August 1933.

für die Vertreter der Anstalt.

26. Jahrgang.

Ich lege großen Wert darauf, daß die Außenvertreter der Anstalt möglichst nahe Verbindung suchen zu allen örtlichen Stellen der NSDAP.

Heil Hitler!

Der k. Generaldirektor.

Goebbels.

# Jupp Hellenthal

**aktiver Gewerkschaftler und ehemaliger Personalrat erinnert sich:**



„Im Jahre 1935 begann ich eine Lehre bei der damaligen LEBEN Anstalt.

Die Eingliederung der PROVINZIAL in den NS-Staat vollzog sich reibungslos. Bereits 1933 wurde der bisherige Generaldirektor durch Hans Göbbels abgelöst, ein Bruder des berühmten Reichspropaganda-Ministers Josef Göbbels.

Schon kurze Zeit später, 1936, konnte der neue Generaldirektor die PROVINZIAL zum **„National-Sozialistischen Musterbetrieb“** ausrufen lassen: eine „Auszeichnung“ mit der sich damals nur wenige und besonders linientreue Betriebe schmücken konnten.

Voraussetzung hierfür war die 100 %ige Organisation in der NSDAP, bzw. ihren Unterorganisationen DEUTSCHE ARBEITSFRONT, NS-Frauenschaft oder HITLER-JUGEND.

Zusätzlich mussten aber auch gewisse „soziale Komponenten“ vorhanden sein: etwa ein gemeinsamer Mittagstisch von Betriebsführern und Gefolgschaft, ein betrieblicher Sportverein mit zackiger Ertüchtigung und nicht zu vergessen ein **„Kraft durch Freude“**

-Spektakel, wie z.B. eine groß aufgemachte Dampferfahrt nach Norwegen. Viele Ehemalige bekommen heute noch feuchte Augen, wenn sie an diese „schöne Zeit“ zurückdenken.

Im Dienst herrschte die Devise: Mund halten und parieren Die WERKSCHAR, eine Unterabteilung der DEUTSCHEN ARBEITSFRONT, lief uniformiert durch die Gegend und wurde militärisch gedrillt. Titelsucht und Imponiergehabe waren besonders ausgeprägt.

Als ich nach dem Ende meiner Lehrzeit übernommen wurde, gab's zum Monatsende RM 190,- brutto. Das war verdammt wenig, wenn man bedenkt, dass ein Brot damals rund 70 Pfg kostete, ein Glas Bier im Schumacher 30 Pfg, ein paar Schuhe 30 RM und eine bescheidene Wohnung mit rund 50 RM im Monat zu Buche schlug.

Wenn damals jemand laut gesagt hätte, dass es keine „1000 Jahre“ mehr dauern würde, bis wir wieder in Freiheit leben, eine 40-Stunden-Woche, bessere Gehälter und 6 Wochen Urlaub haben werden, wäre er höchstwahrscheinlich für diese Äußerung entlassen und von der GESTAPO verhaftet worden.

Aber die Geschichte hat letztendlich nicht den Nazis und ihren Mitläufern Recht gegeben, sondern denen, die schon vor 1933 vor der braunen Pest gewarnt haben; z.B. auf jener Anti-Hitler-Kundgebung im Januar 1930 vor dem Düsseldorfer Parkhotel, an die ich mich als Augenzeuge noch gut erinnern kann.“

aufgezeichnet im September 1986 im SCHUMACHER



Foto: VOLKSFÜRSORGE - So oder ähnlich sah es in den 20iger und 30iger Jahren auch bei der PROVINZIAL aus.

# 8. Mai 1945 – Tag des Friedens und der Befreiung

Einst wollten die Nazis in ihrem Größenwahn aus Düsseldorf eine „Kathedrale des völkischen Selbstbewusstseins“ machen. Was sie hinterlassen ist ein wüster Schutthaufen und ein Meer von Blut und Tränen.

Von 540.000 Einwohnern im Jahr 1939 sind bis Kriegsende weniger als die Hälfte übrig geblieben, die überwiegend in Bunkern, Kellern oder Notunterkünften hausen.



Von der PROVINZIAL FEUER ist bei einem der zahlreichen Bombenangriffe nicht viel übrig geblieben. Die LEBENSANSTALT (s. Foto) damals noch auf der Elisabethstraße, ist sogar völlig ausgebombt.

## 8. Mai 1945: Von deutschem Boden darf nie wieder ein Krieg ausgehen!

**D**as Kriegsende am 8. Mai 1945 ist für die Nazis und ihre Hintermänner der Tag der Niederlage und der Zerschlagung ihres Systems.

Die Konzernherren haben keine billigen Arbeitssklaven mehr, verlieren ihre zusammen geraubten Werke im Osten. Sie sitzen im Gefängnis als Wehrwirtschaftsführer, Menschenquäler und Kriegsverbrecher.

Aus ist es mit den Hitler-Generälen und Nazi-Bonzen; (zunächst) geschlagen sind die Blutrichter Hitlers.

Bis sie dann (fast) alle wie die Stehaufmännchen wieder da sind und für den Wiederaufbau der Bundesrepublik gebraucht werden: die Thyssen, Flicks und Krupps, die Generäle, Richter und viele andere; und dennoch: Der 8. Mai 1945 ist ihre Niederlage, ihr Tiefpunkt.

Aber für Millionen Menschen im zerstörten Deutschland ist es ein Tag der Befreiung. Sie werden befreit von Terror und Unter-

drückung, von Krieg, Bombenhagel und sinnloser Zerstörung.

Die überlebenden Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten, Christen und Liberale, kehren zurück aus den Gefängnissen und KZ's, aus Emigration und Untergrund.

Dabei sind sie sich einig, nie wieder in die alte Zersplitterung zu verfallen: in eine Vielzahl von konkurrierenden Richtungsgewerkschaften und Standesorganisationen, die in ihrer Ohnmacht und Schwäche eine leichte Beute für einen gut organisierten Gegner darstellen.



Und in dieser Erkenntnis belassen sie es nicht nur bei Worten, sondern ziehen daraus eine Konsequenz von geschichtlicher Bedeutung: die Gründung von Einheitsgewerkschaften im Jahre 1949.

Einheitsgewerkschaften schöpfen ihre Kraft aus 3 Grundsätzen:

**„Ein Betrieb – eine Gewerkschaft“**

heißt Einheit im Betrieb ohne Rücksicht auf einzelne Berufe.

**„Parteilpolitische Unabhängigkeit“**

bedeutet Einheit ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit oder –sympathie.

**„Konfessionelle Toleranz“**

heißt Einheit ohne Rücksicht auf Konfession oder Religionszugehörigkeit.



Am 2. SEP 1948 wird die Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen in Hamburg gegründet. Bereits ein Jahr später ist HBV bundesweit vertreten, als einheitliche Interessenvertretung aller abhängig Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe.

Dabei das Industrieverbandsprinzip durch (1 Betrieb = 1 Gewerkschaft) gegenüber dem überholten Berufsverbandsprinzip; d.h. es gibt keine Zersplitterung mehr in einzelne Berufe oder Berufsgruppen (z.B. Arbeiter,

Angestellte, Beamte). Eine Ausnahme macht (zunächst) die berufsständische DAG (Deutsche Angestellten-Gewerkschaft), die erst 2001 (bei der Fusion zu VERDI = Vereinigte Dienstleistungs-Gewerkschaft) ihre Eigenständigkeit aufgibt und unter den Schirm der Einheitsgewerkschaft rückt.

Im Oktober 1949 wird schließlich der DGB gegründet, als Dachorganisation aller Einzelgewerkschaften nach dem Einheitsprinzip.

Und weil Einheit etwas mit Stärke zu tun hat (oder umgekehrt), bleiben Erfolge nicht aus.

Dabei muss jeder noch so kleine Fortschritt in mühsamen, teilweise erbitterten Arbeitskämpfen durchgesetzt werden. Der Durchbruch gelingt in der Regel zunächst den gut organisierten und kampferprobten Gewerkschaften, wie der IG METALL, während andere, die (noch) nicht so stark sind, mit geringerem Einsatz nachfolgen.

Ein Beispiel hierfür ist der Kampf um die Verkürzung der Arbeitszeit: Erst nachdem es der IG METALL im Jahre 1956 gelingt, das strikte Nein der Unternehmer zu durchbrechen und die 45-Stunden-Woche in der Metallindustrie durchzusetzen, kann HBV nachziehen und zwei Jahre später die gleiche Regelung für die Versicherungsbranche vereinbaren.



\* \* \* \* \*

**L**ange Zeit sieht es in den 50iger und 60iger Jahren so aus, als ob die jährlichen Tarifrunden in eingefahrenen Gleisen ablaufen. Das Wirtschaftswunder marschiert, der zu verteilende Kuchen wächst, das Bruttosozialprodukt wird permanent gesteigert und so sind Gehaltserhöhungen kaum zu vermeiden.

Doch Ende der siebziger Jahre beginnt sich das einkommens- und sozialpolitische Klima merklich abzukühlen. Einen kleinen Vorgeschmack bekommt die Provinzial-Belegschaft bereits 1977/78 bei den Auseinandersetzungen um einen neuen Gehaltstarif zu spüren.



**...weil Erfolg überzeugt!**

Beispiele aus dem Versicherungsgewerbe:

- 1950** Ausgangspunkt: Arbeitszeit: 48 Stunden, 6-Tage-Woche, Urlaub: 18 Werktage (ab 30. Lebensjahr)
- 1958** 45-Stunden-Woche
- 1960** 5-Tage-Woche
- 1970** Urlaub: 26 Werktage. Rationalisierungsschutzabkom-
- 1971** 624,- DM Sparförderung Sonderzahlungen von 100% eines Monatsgehalts 
- 1973** Sonderzahlungen von 130% eines Monatsgehalts
- 1975** Verstärkter Kündigungsschutz ab dem 55. Lebensjahr
- 1977** Urlaub: 28 Werktage

# Tarifstrei(k)t bei der PROVINZIAL

Den Verlauf des Jahres 1977 hatte sich der Vorstand sicherlich anders vorgestellt. Auf einer Verwaltungsratssitzung im Provinzial-Hochhaus sollten im Februar die Weichen gestellt werden für eine Gehaltsamputation größeren Stils.

Das gesamte Besoldungsgefüge sollte umgestellt werden vom herkömmlichen Bundesangestellten-tarif (BAT) auf den eher mageren Privaten Versicherungstarif (PVT).

Auch um blumige Worte war man auf der Vorstandsetage nicht verlegen. Die Rede war vom „Fortschritt für das Unternehmen und den beruflichen Erfolg unserer Mitarbeiter“, „sicheren Arbeitsplätzen“, etc.

## Gehälter in Gefahr

In Wirklichkeit wäre diese Umstellung für das Gros der Belegschaft mit erheblichen Nachteilen und einschneidenden Gehaltseinbußen verbunden gewesen.

Doch wer glaubte, die Provinzial-Angestellten ließen sich wie brave Schafe willig das Fell über die Ohren ziehen, hatte sich geschnitten.

Am Aschermittwoch, dem Tag der entscheidenden Verwaltungsratssitzung, breitete sich dumpfe Katerstimmung unter den hohen Herren aus. Und schuld daran war nicht etwa der Karneval mit seinen Nachwirkungen, sondern ein schlichter Blick aus dem Fenster.

Dort auf dem Kirchplatz zeigte die Belegschaft lautstark und mit Transparenten, was sie davon hält, wenn ihr jemand unverhohlen in die Tasche greifen will.

## Wer Wind säht ...

Rund 300 waren hier zusammengekommen und es wären noch weit mehr geworden, wenn nicht Personalchef Josef Gutmann für einen handfesten Eklat gesorgt hätte: indem er eigenhändig die Provinzial-Pforten abschloss und so die Woge der nach außen strömenden Kollegen abrupt zum Versiegen brachte.

So kam es zum ersten Mal in der Provinzial-Geschichte zu einer Aussperrung (oder Einsperrung – je nach Standort).

Dieser auf den ersten Blick etwas schlitzohrige Winkelzug entpuppte

sich jedoch im Nachhinein als wahrer Boomerang.

## ... wird Sturm ernten

Die Empörung über soviel Unverfrorenheit schlug hohe Wellen. Gleichzeitig stieg die Zahl der HBV-Mitglieder sprunghaft in die Höhe: von rund 200 (vor Beginn der Aktionen) auf über 800.

Um die Entwicklung nicht aus dem Ruder laufen zu lassen und den ersten Arbeitskampf in der Versicherungswirtschaft zu riskieren, sah sich der Vorstand zum einlenken gezwungen und Verhandlungen mit der HBV aufzunehmen.

Unsere Interessen wurden hierbei vom Personalratsvorsitzenden Robert Siebert, dem Personalrat Erich Ackermann und dem HBV-Sekretär Horst Schwieder vertreten.

Mit ihrem Verhandlungsgeschick und der Unterstützung der Belegschaft im Rücken gelang es schließlich, die Vorstandsstrategie zu durchkreuzen und einen Überleitungstarif mit Besitzstandswahrung abzuschließen, der sich sehen lassen konnte.



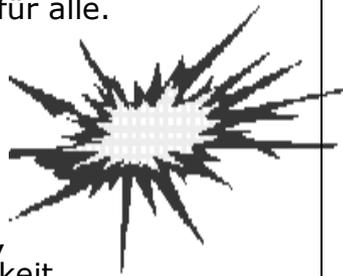
## Demonstration gegen Tarif

● Zu einer Demonstration vor der Provinzial-Versicherung kam es gestern auf der Friedrichstraße/Fürstenwall. Arbeitnehmer protestierten dagegen, daß der Haustarif, der dem Bundesangestelltentarif gleicht, bis zum 30. September durch den Branchentarifvertrag abgelöst werden soll. Die Beschäftigten befürchten eine Verschlechterung. Ein Sprecher der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) sagte: „Das ist ein Schritt zur sozialen Demontage.“ Die HBV will, nachdem gestern der Verwaltungsrat der Provinzial dem neuen Tarif zugestimmt hat, weitere Schritte überlegen. Die Änderung trifft 1800 Beschäftigte der Provinzial.

Foto: Jürgen Retzlaff

**A**nfang der achtziger Jahre treten die wirtschaftlichen Krisenerscheinungen immer deutlicher zutage. Zerplatzt wie Seifenblasen sind sie auf einmal: die Träume von Vollbeschäftigung, stetigem Wachstum und Wohlstand für alle.

Der ganz ordinäre Kapitalismus hat wieder die Oberhand gewonnen. Auf der Tagesordnung stehen: Krise, Sozialabbau, Pleiten, Massenarbeitslosigkeit.



Wenn es nach den Gesundbetern der Ellenbogengesellschaft geht, liegen die Ursachen der Krise in „überzogenem Anspruchsdenken“. „WIR“ haben angeblich über unsere Verhältnisse gelebt und bekommen nun die Rechnung präsentiert, wobei mit „WIR“ wohlgemerkt immer nur die arbeitenden Menschen gemeint sind und nicht etwa die Unternehmer.

### ***Gürtel enger schnallen ?***

Und damit es wieder aufwärts geht, hat man auch gleich ein Patentrezept zur Hand: „WIR“ müssen den Gürtel enger schnallen und sparen, sparen, sparen.

Mit diesem Rezept wurde bereits in der Weimarer Republik versucht, die Krise zu bewältigen. Das Ende ist bekannt.

Der verhängnisvolle Trugschluss liegt darin, dass es sich bei den heutigen Wirtschaftskrisen nicht um Mangelerscheinungen handelt, sondern um Auswüchse von Überproduktion.

### **Es besteht ein Überschuss...**

an Waren, die keinen Absatz finden  
an Maschinen, die nicht ausgelastet sind  
an Menschen, die keine Arbeit haben

### **... weil es an Nachfrage fehlt !**

Der brutalste Ausweg aus diesem Überflussdilemma war in der Vergangenheit ein „reinigendes Gewitter“ in Form eines profitablen Krieges, wo drückende Überkapazitäten abgebaut und so auf wundersame Weise für frische Auftriebsimpulse gesorgt wurde.

Doch von dieser Radikallösung im Sinne der Kriegsgewinnler blieben wir glücklicherweise (bislang) verschont.

Ganz allgemein gilt: Sparen und „Gürtel-Enger-Schnallen“ als Rezept gegen die Überproduktion ist nicht nur wirkungslos, sondern sogar noch schädlich. Da die Massenkauflust zurückgeht, wird die Krise verschärft.

### **Wie Feuer löschen mit Benzin**

Das ganze Unterfangen ist so absurd, wie der Versuch, einen Großbrand mit Benzin zu löschen.

Was aber nicht heißt, dass sich eine derartige Löschmethode am Ende nicht als großartiger Erfolg verkaufen ließe. Da jedes Feuer die Eigenschaft hat, irgendwann – so oder so – zu erlöschen, ist es nur eine Frage des geschickten Marketings, den Feuerteufel als erfolgreichen Löschmeister zu feiern und als Garant des Neuaufbaus. Wer's glaubt, wird selig.



Für die Unternehmer stellen Sparappelle und allgemeines Krisengezeter stets die willkommene Hintergrundkulisse dar, um die Gewichte im Verteilungskampf zu ihren Gunsten zu verschieben, d.h. der Anteil der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen sinkt im gleichen Verhältnis, wie die Einkommen aus Kapitalbesitz und Vermögen gesteigert werden.

Diese Strategie ist dann am wirkungsvollsten, wenn die arbeitenden Menschen sich resignierend in ihr Schicksal fügen nach dem Motto: „Hat ja doch alles keinen Sinn. Die da oben machen eh, was sie wollen.“

Doch sehen wir selbst, ob diese Unternehmerstrategie aufgegangen ist?

# Tarifrunde 1980

Versicherungs-angestellte aus Düsseldorf-Betrieben fordern bessere Tarife.

Die aktive Unterstützung der HBV-Forderungen schlägt sich im Ergebnis nieder.



# Warnstreik 1981



Seit 1980 stagnieren die Realeinkommen, weil das was durch eine aktive Tarifpolitik an Gehaltserhöhungen erstritten wird, überwiegend von der Inflation aufgezehrt wird. Manchmal ist die Inflationsrate auch höher, so dass am Ende die Realeinkommen sogar sinken.

Auf der anderen Seite steigt die Produktivität kontinuierlich an, z.B. durch EDV-gestützte Sachbearbeitung am Bildschirm.

Wenn wir jedes Jahr mehr leisten, aber weniger verdienen, ist es kein Wunder, dass die Unternehmer in Geld schwimmen und Probleme haben, die angehäuften Überschüsse in den Bilanzen zu verschleiern.

Und nicht nur die Preissteigerungen zehren an der Kaufkraft der Arbeiter- und Angestelltenhaushalte.



In noch stärkerem Ausmaß werden die verfügbaren (Familien-)Einkommen von den ständigen Steuer- und Abgabenerhöhungen, sowie von den diversen Rotstiftoperationen im sozialen Bereich (ab 1981).

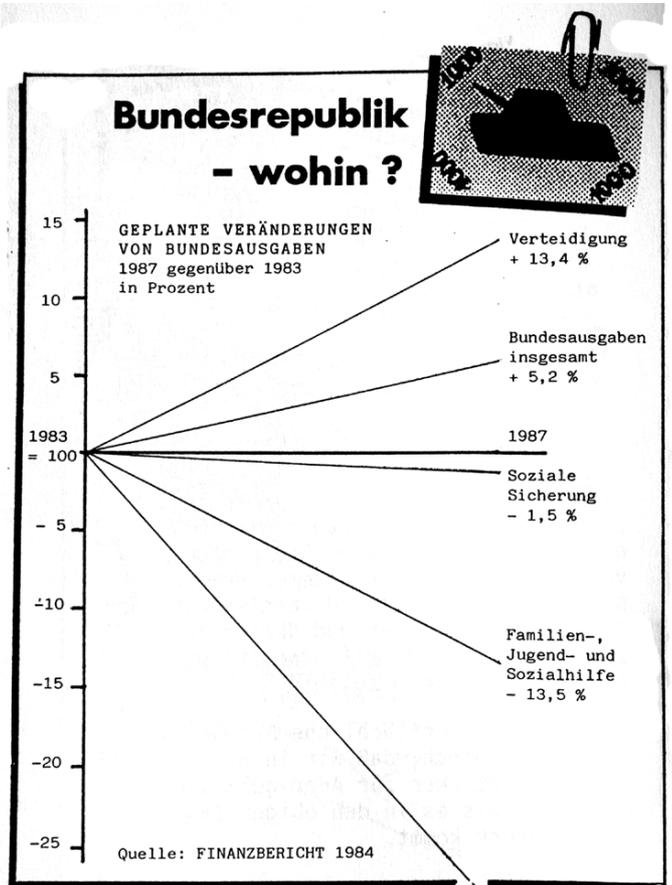
Die Spannweite der Rechtfertigungsargumente reicht hierbei vom sozialen Netz, was zunehmend von den Faulen als Hängematte missbraucht würde, über die aufmüpfige Preispolitik der „bösen Ölscheichs“, bis hin zu schwärzesten Prophezeiungen von einem drohenden Staatbankrott.

Doch dies sind nur geschickte Ablenkungsmanöver vom Kern der Sache.

Denn die Sozialausgaben werden in Wahrheit nicht deshalb gekürzt, weil plötzlich kein Geld mehr da ist, sondern weil die vorhandenen Mittel für einen unsinnigen und gefährlichen Rüstungswahnsinn verpulvert werden.

Gegen diese ausgeklügelte Umverteilungsstrategie von Oben muss die klassische Tarifstrategie der Gewerkschaften eine stumpfe Waffe bleiben.

Wenn wir immer nur mit einem Auge auf die nächste Tarifrunde schielen und uns an der prozentualen Steigerung des Bruttogehalts berauschen, sind wir blind gegenüber den



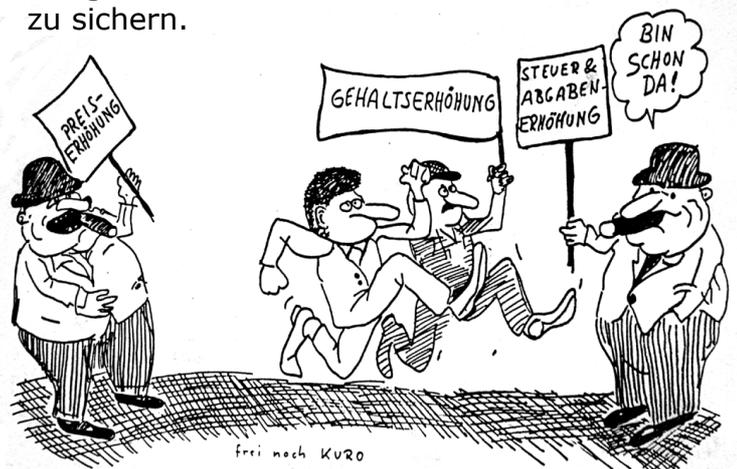
staatlichen Zugriffen und am Ende geht es uns wie dem Hasen beim Wettlauf mit den Igel.

Obwohl der Hase sich wie ein Verzweifelter abstrampelt, muss er am Ende das Handtuch werfen und liegt ausgepumpt und alle Viere von sich gestreckt im Rübenfeld.

Sein Fehler: Er kann nicht erkennen, dass die Igel an zwei Flanken gleichzeitig vertreten und ihm dadurch strategisch überlegen sind.

Immer dann, wenn der Hase sich am Ziel wähnt, steht dort schon ein Igel und ruft schadenfroh: „Bin schon da!“

Damit wir als abhängig Beschäftigte nicht ein ähnliches Schicksal erleiden, wächst in unseren Reihen die Erkenntnis, dass es neben den jährlichen Tarifrunden noch weitere Aktivitäten geben muss, um unseren Lebensstandard zu sichern.



# Stationen im Kampf gegen Rotstift und Raketen

Als am 10. OKT 1981 etwa zehn Kolleg(inn)en der Provinzial im Sonderzug nach Bonn fahren, um dort gegen die geplante Stationierung von neuen Atomraketen zu demonstrieren, da ahnen sie noch nicht, welche Dynamik die Friedensbewegung in der Folgezeit noch entwickeln wird.

Zusammen sind es mehr als 300.000 Menschen, die sich in Bonn zur bislang größten Massenkundgebung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zusammenfinden; und das obwohl (damals noch) die Führung aller Bonner Parteien, die DGB-Spitze und die Massenmedien vor einer Teilnahme warnen.

Und die Vertreter einer konservativen Militärtradition gehen sogar soweit, Schreckensvisionen von heranströmenden Randalierern und gewalttätigen Chaoten an die Wand zu malen.

So kommt es, dass zahlreiche Fensterläden in den Straßen verschlossen und die Schaufenster vieler Geschäfte mit Bretterwänden geschützt sind.

Diese Zweckpropaganda wird jedoch sehr schnell widerlegt: durch die heitere Gelassenheit der Teilnehmer, die Ernsthaftigkeit der Diskussionen und die Freundlichkeit untereinander und gegenüber Bonner Passanten.



Noch mehr Menschen beteiligen sich 1982 an den erstmals seit ,68 wieder stattfindenden Ostermärschen.

Am Niederrhein geht es von Rheindahlen zum Atomwaffenlager Arsbeck; hier ein Schnappschuss von unterwegs:



Einen weiteren (unfreiwilligen) Auftrieb erhält die Friedensbewegung unmittelbar vor der NATO-Ratstagung im Juni ,82 in Bonn, als der US-Präsident am 10.Juni im Bundestag sprechen soll um dort seinen harten Konfrontationskurs gegenüber der Sowjetunion zu präsentieren, einschließlich Vorbereitungen für einen „längerfristigen und gewinnbaren“ Atomkrieg.

Und so kommt es, dass am 10.06.1982 nicht nur Reagan und sein Gefolge der Bundeshauptstadt einen Besuch abstatten, sondern auf der anderen Rheinseite in Bonn-Beuel weit mehr als 400.000 Demonstranten. Sie sind zusammengekommen, um weltweit ein vernehmbares Zeugnis abzulegen gegen Raketenstationierung und für Entspannung und Abrüstung in Ost und West.

Und wieder imponiert

die Friedfertigkeit und Freundlichkeit unseres Engagements gegen Vernichtungsdrohungen und für eine menschliche Zukunft.

Diesmal reagiert die Bonner Bevölkerung betont entgegenkommend, reicht Wasser in der Gluthitze des Tages und bietet sonstige Abkühlung – in vielen Fällen sogar Zuspruch. Das gute Beispiel der Gewaltlosigkeit und eines geduldigen Verhaltens wirkt stärker als alle offiziellen oder offiziösen Diffamierungen und Verleumdungen.

Im Spätsommer 1982 ruft der DGB zu Protestkundgebungen auf gegen die Rotstift- und Hochrüstungspolitik der (damals noch) sozial-liberalen Regierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt.



Doch bevor es dazu kommt, werden in Bonn einige Rollen neu besetzt: Am 1.10.1982 kommt es zu einer Wende mit „geistig-moralischer Erneuerung“, so dass sich die 9 Großkundgebungen des DGB am 23.10.82

gegen andere Personen richten, aber weiterhin gegen die gleiche Politik.

500.000 Gewerkschafter beteiligen sich daran: **Wir sind dabei.**



**A**m 5. OKT 1983 ruft der DGB unter der Losung „**Es ist Fünf vor Zwölf**“ zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung auf.

Und am 22.10.83 – dem zentralen Aktionstag der Friedensbewegung – nehmen 1,3 Millionen Menschen teil (davon 50 aus der Provinzial), die an diesem Tag auf machtvollen Kundgebungen ihren Überlebenswillen bekunden; davon 500.000 in Bonn, 300.000 in Stuttgart/Neu Ulm, 400.000 in Hamburg und 100.000 in Westberlin.

Doch die millionenfachen Proteste werden vom Bundestag und von der Bundesregierung ignoriert und so wird im NOV 1983 mit der Stationierung der neuen Mittelstreckenraketen bekommen; eine Entscheidung, die gegen den erklärten Willen der Bevölkerungsmehrheit zustande gekommen ist, aber nicht zur Resignation der Friedensbewegung führt.

## **Menschen- und Aktionskette für Frieden und Arbeit von Duisburg nach Hasselbach im Hunsrück 20 OKT 1984**

Die Friedenskette symbolisiert den Zusammenhang von Aufrüstung und Raketenstationierung einerseits und Arbeitsplatzvernichtung und Sozialabbau andererseits.

Denn in Hasselbach im Hunsrück sollen nach dem Willen von NATO und US-Administration mit Zustimmung der Bundesregierung die neuen Cruise-Missiles stationiert werden, während auf der anderen

Seite die Ruhrgebietsmetropole Duisburg, ein Zentrum der Arbeiterbewegung, zu einem Zentrum der Arbeitslosigkeit gemacht wird.

Die Friedensbewegung gibt nicht auf und wird den Widerstand fortsetzen. Die Stationierung der Atomraketen muss gestoppt und rückgängig gemacht, eine Wende zur Abrüstung durchgesetzt werden.



Damit kommen wir zu einem weiteren Aktionsfeld der Gewerkschaften, dem Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit.

**A**uch hier gab es – wie bei der Raketenstationierung – keinen Mangel an leeren Versprechungen.

Erinnern wir uns: Angetreten war die „Wendekoalition“ 1982 mit Sprüchen wie „Frieden schaffen mit immer weniger Waffen“ und der Aufschwung kommt“. Und mit dem Aufschwung sollten durch die „Selbstheilungskräfte des Marktes“ automatisch neue Arbeitsplätze nachfolgen.

Der Aufschwung kam. Um das zu prophezeien, bedurfte es keiner großen Vorhersehungskraft. Nach so vielen Auf- und Abschwüngen in der Vergangenheit, blieb dem Aufschwung auch diesmal gar nichts anderes übrig, als wieder zu kommen.

Und mit dem Aufschwung steigen: die Unternehmergewinne, die Börsenkurse, die Massenvernichtungswaffen und – trotz heiß laufender Konjunktur – die Massenarbeitslosigkeit.

Und so steigt nicht zuletzt auch bei uns etwas: nämlich die Erkenntnis, weniger auf die Versprechungen der Politiker zu vertrauen und mehr auf die eigene Kraft.

Wie das gemeint ist, dafür setzen die IG METALL und die IG DRUCK in der Tarifrunde 1984 ein Zeichen.

In einem erbittert geführten Arbeitskampf gelingt es 1984 erstmalig den Tabukatalog von Unternehmern und Regierung zu durchbrechen, einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche durchzusetzen und damit einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Damit wird nicht nur ein wichtiger Beitrag für die Arbeitslosen selbst geleistet, sondern auch für diejenigen, die (noch) einen sicheren Arbeitsplatz haben.

Denn je größer das Heer derjenigen ist, die vor den Betriebstoren stehen und bereit sind, jede Arbeit



anzunehmen, umso größer ist auch der Druck der Unternehmer innerhalb der Betriebe.

Während es in „Vollbeschäftigungszeiten“ noch möglich ist, bei Schikanen eines Vorgesetzten durch Andeutung eines Stellenwechsels das Schlimmste zu verhindern, so erweckt ein derartiger „Wink mit dem Zaunpfahl“ heutzutage nur noch ein müdes Lächeln.

### Bald arbeitslos? Meine Frau und ich haben Angst...

Liebe Elizabeth,  
meine Frau und ich arbeiten seit 30



Jahren in einem mittelgroßen Betrieb. Es hat uns dort immer gut gefallen, und wir waren noch nie arbeitslos. Leider werden nun die Aufträge immer weniger. Unsere Chefs werden immer unerbittlicher, und unter den Kollegen knistert es. Die Uneinigkeit wächst. Könnte ich mit 58 vorzeitig in Rente gehen? Oder glauben Sie, daß alles wieder besser wird?

August, Stier (3. 5., Mainz), meine Frau ist Widder (11. 4.).

### Geduld, Herr Stier – Jupiter hilft 1984

Lieber August,  
die Arbeitslosigkeit ist wirklich schlimm. Fast alle Länder haben darunter zu leiden. Und große Astrologen sagen übereinstimmend, daß sich das auch in den nächsten zwei, drei Jahren kaum ändern wird, frühestens 1984.

Heute ist es nur natürlich, daß sich das Klima in den Betrieben verschlechtert. Die Chefs sind verunsichert, ob sie wirklich richtig planen, und die Angestellten sind ängstlich, ob ihr Arbeitsplatz noch sicher ist.

Leider können Sie nicht in Rente gehen, es sei denn, Sie sind invalide.

Die sogenannte flexible Altersgrenze liegt nämlich in Deutschland für Männer beim 63., für Frauen beim 60. Lebensjahr. Sie müssen also weitermachen.

Aber kann es nicht auch eine Herausforderung sein, gerade in schlechten Zeiten zusammenzurücken, noch netter zum Kollegen zu sein, noch hilfsbereiter?

Zu den Sternen:

Ihre Frau wird seit letzten Dezember (wie übrigens alle Widder vom 11. 4.) von Saturn ge-

bremst. Das wird noch bis September andauern. Auswirkungen: Sie wird viel mehr und härter arbeiten müssen, ohne entsprechend bessere Resultate zu erzielen. Erst ab Dezember 1983 werden die Einflüsse positiver, weil Ihre Frau ein schönes Jupiter/Sonne-Trigon hat.

● Sie selbst werden ab Oktober '82 (wie die meisten Stiere vom 3. 5.) Geldprobleme haben. Der günstige Jupiterinfluß wird sich bei Ihnen erst zwischen Mai und November '84 auswirken.

Zum Glück sind Sie Stier, lieber August, und Stiere sind geduldig. Das wird Ihnen helfen.

Flückh Teinin

**G**ibt es Alternativen zur Arbeitszeitverkürzung? Oder anders gefragt: Könnte der jährliche Produktivitätsfortschritt von rund 4 % auch in andere Bahnen gelenkt werden?

Im Prinzip ja! So wäre es durchaus denkbar im produzierenden Gewerbe – bei gleicher Arbeitsleistung – jedes Jahr das Sozialprodukt zu steigern, bis dass der letzte Waldweg zubetoniert ist.

Im Dienstleistungsgewerbe dürfte diese Strategie auf Schwierigkeiten stoßen, aber auch hier lässt sich die Produktion mühelos ausdehnen, indem neue Produkte geschaffen oder die bestehenden so aufgebläht und kompliziert, dass zur Bearbeitung mehr Mitarbeiter benötigt werden.

Sinnvoller für die Mehrheit der Bevölkerung wäre es, den technischen Fortschritt so zu nutzen, dass das gleiche Produktionsergebnis jedes Jahr mit weniger Arbeitseinsatz erzeugt wird, d.h. die Arbeitszeit muss tendenziell verkürzt und die immer knapper werdende Arbeit muss gerecht auf alle verteilt werden.

Was die Versicherungsbranche anbetrifft, bilden wir in der Bundesrepublik ohnehin (nach der Schweiz) das Schlusslicht in EUROPA.

In vielfältigster Form versuchten wir unsere Argumente vorzubringen, z.B. durch Flugblätter, Kundgebungen oder durch Aushänge am Schwarzen Brett, sogar eine Zeitung mit dem vielsagenden Titel ANSTALTSECHO sorgte für einigen Wirbel (Auszüge auf den Folgeseiten).

\* \* \* \* \*

Informationen sind wichtig: Jedoch in der Praxis, z.B. bei den jährlichen Tarifverhandlungen, zeigt es sich: Man kann noch so gute Argumente haben, wenn nicht auch der nötige Druck dahinter steht, um berechnete Forderungen durchzusetzen.

Manchmal kann man auch mit geringen Kräften etwas erreichen, wenn man im Windschatten eines Großen fährt, z.B. bei der Arbeitszeitverkürzung in der Versicherungsbranche 1987 auf 38,75 Stunden.

Dieser Erfolg war möglich, nachdem es der IG METALL in erbitterten Arbeitskämpfen gelungen war, die „40-Stunden-Woche“ aufzubrechen und schrittweise den Einstieg in die 35-Std-Woche zu vereinbaren.



**40-Stunden-Woche ist bereits Geschichte**

## Durchbruch schon vielfach gelungen

Die 40-Stunden-Woche ist keine unverrückbare und unsterbliche Größe. Sie ist ebenso wie die 60- und die 48-Stunden-Woche dort zur Geschichte geworden, wo durch Steigerung der Arbeitsproduktivität und gewerkschaftliche Durchsetzungskraft die Voraussetzungen zur weiteren Verkürzung der Wochenarbeitszeit geschaffen worden sind. Die Erfolge, die in Großbritannien, Skandinavien, Belgien, Frankreich, Italien und Portugal schon erreicht worden sind, geben Mut, Selbstvertrauen und zusätzliche Kraft für die Auseinandersetzung in der Bundesrepublik. Der *ausblick* dokumentiert die Arbeitszeitregelungen in europäischen Banken und Versicherungen sowie die weitergehenden gewerkschaftlichen Ziele.

### Arbeitszeit in Versicherungen

Land	1983	Ziel
Belgien	36 Stunden	32 Stunden
Dänemark	37 Stunden	weitere Reduzierung
Finnland	38 Stunden	35 Stunden
Frankreich	38 Stunden	35 Stunden
Deutschland	40 Stunden	35 Stunden
Großbritannien	35 Stunden	33 Stunden
Italien	38 Stunden	36 Stunden
Luxemburg	40 Stunden	35 Stunden
Niederlande	40 Stunden	36 Stunden
Portugal	35 Stunden	—
Spanien	38 Stunden	35 Stunden
Schweden	37/38 Stunden	30 Stunden
Schweiz	43 Stunden	40 Stunden

ausblick · 3/84

# ANSTALTS ECHO

NR. 1

29. NOV. 84

ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN



## AUS FÜR WELTERSWALD ? WAS FOLGT ALS NÄCHSTES ?

*Liebe Kollegin, lieber Kollege!*

Wir freuen uns, Ihnen heute unsere HBV-Betriebszeitung für die Beschäftigten der PROVINZIAL vorstellen zu können.

Neben Flugblättern aus aktuellem Anlaß und den ständigen Ausgaben am schwarzen Brett ist dies eine weitere Form unserer Arbeit ist dies eine weitere Form unserer Arbeit ist dies eine weitere Form unserer Arbeit

INHALT	SEITE
Haus Welterswald	2
Einer von uns	4
Vorruhestand	5
Gewerkschaftliche Frauenarbeit	6
Neues GLAZ-System ab 1.1.85	7
Vertrauensleute-Wahlen	8

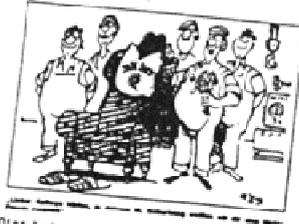
## Vorruhestand

Ein kurzes Resümee der Tarifrunde 83/84 - das in unserer nächsten Ausgabe ausführlich vorgenommen werden soll - und hier vorabgenommen werden. Schließlich ist der Vorruhestand Ergebnis dieser Tarifrunde.

### RÜCKBLICK

Festzuhalten bleibt, daß die angestrebte Verkürzung der Wochenarbeitszeit nicht erreichbar war, weil:

1. Die Arbeitgeber sich einig wie nie zuvor waren und...



Dies bedeutet...

## Gewerkschaft und Frauen

Gewerkschaftliche Frauenarbeit

Auch das noch! Als hätten wir nicht genug am Hals: 8 Stunden Arbeit, ebendies Kinder und Haushalt. Woher sollen wir da noch die Zeit für gewerkschaftliche Frauenarbeit nehmen?

## Einer von uns

Wir unterhalten uns mit Waldemar Langer, der am 01.01.1985 in den Ruhestand tritt.

Waldemar Langer (geb. am 10.08.1921) in Hünenburg/Obersachsen wurde mit 18 Jahren in den Krieg geschickt, aus dem er 1943 aus englischer Gefangenschaft zurückkehrte. Als Kriegsgeschehnisse lebte er dann 1 1/2 Jahre in Essen bevor er mit seinen Eltern zusammen ins Weserbergland kam. 1947 übernahm er die Jugendarbeit im Dekanat Steinheim und arbeitete für die katholische Jugendbewegung. 1949 zog er nach Düsseldorf und arbeitete als Magazinverwalter in der Konsumkette (heute: Coop). Dort betätigte er sich als Betriebsrat und trat gleichzeitig in die Gewerkschaft ein. Er war gewerkschaftlich tätig für...

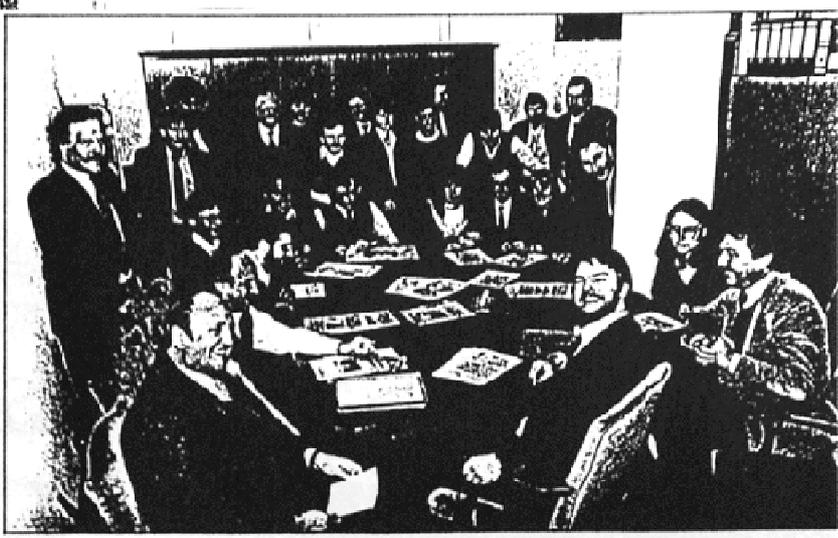
gestaltet und die Persönlichkeit des Einzelnen respektieren. Ein Mensch, der zum "Knöpfchendrücker" degradiert wird und auf Schritt und Tritt in Daten erfüllt wird, verliert seine Würde.



Kollege Langer, wie ihn jeder kennt...

## Gewerkschaftliche Vertrauensleute

das Rückgrat im Betrieb



sitzend (v.l.n.u.): Nolte, Dekel, Strauß, Henkel, Offermann, von Voral, Meszissen, Leyendeckers, Ahrens, Bücher, Ackermann, Rehle  
stehend (v.l.n.u.): Kerkmann, Frehe, Schuhne, Kirschkaap, Wiersa, Eversberg, Blissenbach, Lange-Harkort, Brauer, Krapp, Jannaßen, Huchler, Kulper, Alles  
nicht im Bild: Osterwind, Saleen, Witt, Spaldörich, Tarnow, Preiss, Hanisch

# ANSTALTS ECHO

NR. 2  
7. MARZ 85

ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN

## Tarifrunden sind Machfragen

Auf der Personalversammlung am 10.12.84 beschrieb der Personalrat die Auswirkungen der Textverarbeitung in unserem Hause. Diese werden teilweise in ausgeprägter Form an fast allen Arbeitsplätzen zu sehen sein.

steigende - Kraft zu setzen als auf die Rolle von Vorleitern. Diese Tarifrunde hat es auf den Punkt gebracht - Tarifrunden sind Machfragen!

Tarifrunde 1985

## Die Provinzial und die Frauen

Gewerkschaftliche Frauenarbeit

Was ist los mit den Frauen in der PROVINZIAL? Diese Frage ist gar nicht so leicht zu beantworten. Es war äußerst schwierig, an das erforderliche Zahlenmaterial heranzukommen und es deutet so aus, als hätten wir noch ein erhebliches Stück Pionierarbeit vor uns. Klar ist jedenfalls, der Anteil der Frauen im Innendienst der PROVINZIAL ca. 45 % und...



## Datenmißbrauch mit GLAZ-Daten verhindert?

Durch Personalratsrunden wurden wir über die Installation eines neuen Systems informiert. Insbesondere...

## 1.1.85: Neues GLAZ-System

Wir sind jedoch ein wenig stolz darauf, schon jetzt erklären zu können, daß wir dieses System, bezogen auf die praktischen Aspekte...

## Einer von uns

Fritz Gelbardt

Am 23.06.1928 wurde Fritz Gelbardt in Dresden geboren. 1944 kam er als Luftwaffenflieger zum Kriegseinsatz.

1957 zog er mit seiner Frau und den beiden Kindern nach Düsseldorf. In Düsseldorf arbeitete er bis 1969 als Einschaltler im Bussektor.

Eine schwere Erkrankung machte ihn berufsunfähig, so daß eine Umschulung zum Bankkaufmann notwendig wurde. 1971 begann er bei der Provinzial in der Abteilung CRI 2.

Seit 1978 ist Fritz Gelbardt Vertrauensmann der Schwerbehinderten in der Provinzial.

Mit großer Sorge betrachtet er die Schwierigkeiten der Behinderten auf dem...



Die richtige Ausstattung der Arbeitsplätze der Behinderten liegt ihm sehr am Herzen. Daß manche Vorgesetzte für behindertengerechte Arbeitsplatzgestaltung wenig Verständnis zeigen, ist wohl kaum zu begründen.

Fritz Gelbardt bemängelt, daß der Eingang zum Gartentrakt noch immer nicht behindertengerecht gestaltet wurde. Des Weiteren wünscht er sich, daß die Mitmenschen in Beruf und Freizeit etwas mehr...

# ANSTALTS ECHO

NR. 3

JUNI '85

ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN



# ANSTALTS ECHO

NR. 4

OKT '85

ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN

## EREIGNISKARTE

(für Verwaltungsrat & Co)

Mache einen Ausflug in die Toscana.  
Lasse Dir für Deine hervorragenden Leistungen an der Tagung ein südstilliches Tassen-Kasseid von DM 2000 ausstellen.

## GEMEINSCHAFTSKARTE

Gehe in die Anstalt.  
Begib Dich direkt dorthin.  
Gehe nicht über LOS.  
Zieh nicht DM 4000 ein.

## Arbeitsplätze zum Abgewöhnen?

Diese Frage muß erlaubt sein angesichts der Situation im Bereich unserer Abteilungen SPP und SPH Ende des 1. Quartals 1985. Die Graphik zeigt einen der typischen Arbeitsplätze in diesem Bereich - Rückstände sind nur noch in "Metern Aktenstapel" zu erfassen. Es bedarf angesichts derartiger Arbeitsplätze eines hohen Maßes an Zynismus, den Kollegen zu erklären, es gäbe immerhin 2,2 Millionen Arbeitslose, die gerne einen dieser Arbeitsplätze übernehmen würden.

die Grenze des Erträglichen - und hier und da auch darüber hinaus - belastet werden. Eine sinnvolle Personalpolitik könnte neben der dringend notwendigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen unserer Kollegen somit auch ein Stück zur Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt beitragen. Vor dem Hintergrund der Sit-

Fortsetz. auf Seite 2:

### Einstellungen statt Überstunden

Dieser Hinweis ist nicht nur zynisch, sondern verwischt auch die Tatsachen. Ein erdägliches Quantum an Rückständen läßt doch nur den Schluß zu, daß die Mitarbeiter in diesem Bereich zu dünn sind.

### INHALT:

- Arbeitsplätze zum Abgewöhnen ..... 1
- Das "Beschäftigungsförderungsgesetz" ... 3
- Führungsgrundsätze ..... 4
- Einer von uns ..... 5
- 150 Jahre PROVINZIAL ..... 6

## 150 Jahre Provinzial

### Außer Spesen nichts gewesen?

"Wer macht mit?" Initiative ist gefragt. So konnte es der erstaunte Leser im PROVINZIAL-Info vom März '85 vernehmen. Und - zumindest wenn Sie von unten kommt - nicht gerade hoch im Kurs steht.

Woher nun dieser Sinn...  
das 150-Jahre...

Dabei sollte nicht vergessen werden, daß Jubiläumsgeldungen bis zu bestimmten Höchstbeträgen steuerfrei sind. Und - gestellt im Hinblick auf den Arbeits-

## Einer von uns

Ohne Jugend keine Zukunft - auch nicht bei den alterwürdigen PROVINZIAL. Um mehr darüber zu erfahren, führten wir ein Gespräch mit dem Jugendvertreter.

ANSTALTS ECHO: Worin besteht z. Z. die wichtigste Aufgabe der betrieblichen Jugendvertretung?

STEPHAN KANIA: Das läßt sich in einem einfachen Satz zusammenfassen: "Übernahme ist besser als Überstunden!" D.h. wir müssen die Übernahme aller Aufgaben zubielen in ein Dauerarbeitsverhältnis anstreben. Für die Sommerprüflinge konnte dieses Ziel erreicht werden: Im Bereich SP wurden auf Initiative des Personalrats und der Jugendvertretung zusätzliche Arbeitsplätze eingerichtet, die von Azubis besetzt werden können.

ANSTALTS ECHO: Und wie sieht es mit den künftigen Übernahmechancen aus?

STEPHAN KANIA: Da sehe ich noch große Probleme auf uns zukommen. Wenn durch die zunehmende Rationalisierung immer mehr Tätigkeiten wegfallen, wo sollen dann künftige Azubis überhaupt noch untergebracht werden?

Die Lösung des Problems kann doch nur in einer allgemeinen Arbeitszeitverkürzung liegen. Und die wird uns gewiß nicht als Geschenk des Himmels auf dem Silbertablett serviert, sondern muß durch aktive Gewerkschaftsarbeit Stück für Stück erkämpft werden. Deshalb ist es für mich auch selbstverständlich, in der HBV organisiert zu sein.

ANSTALTS ECHO: Und wo drückt sonst noch der Schuh?

STEPHAN KANIA: Leider sind viele Ausbilder durch eine zu hohe Arbeitsbelastung nicht in der Lage, die notwendige Zeit für uns Azubis aufzubringen und das geht für uns Azubis auf zurechnen und das geht dann auf Kosten der Ausbildungsqualität. Es wäre schön, wenn sich dieses leidige Thema nicht zu einem Dauerbrenner für die nächste Generation...



hier (Mitte) bei einer Aktion der HBV-Jugend am 1. Mai 1985 unter der Losung "Übernahme ist besser als Überstunden"

ANSTALTS ECHO: Verlassen wir zum Abschluß ein wenig den harten Boden der Realität und machen einen Abstecher ins Reich der Phantasie. Stell Dir vor, Du hättest drei Wünsche offen, für was würdest Du Dich entscheiden?

STEPHAN KANIA: Erstens, daß der Rüstungswahnsinn endlich gestoppt wird und die dadurch freierwerdenden Mittel für sinnvolle Zwecke wie z.B. Umweltschutz eingesetzt werden.

Zweitens, daß die PROVINZIAL sich nicht zu einer anonymen "Fließbandfabrik" entwickelt, wo jeder Handgriff mit der Stopuhr festgelegt und von Computern erfährt wird, sondern daß die moderne Technik zur Erleichterung unserer Arbeitsbedingungen eingesetzt wird.

Und drittens, na ja... (mit einem Augenzwinkern) ...daß ich noch drei Wünsche offenhätte.

Aber das Wichtigste wäre, daß sich noch mehr Menschen als bisher engagieren, da-

## 73 Mio. DM Verlust in der Rückversicherung Wohin steuert die PROVINZ?

Die anwesenden Journalisten staunten nicht schlecht auf der diesjährigen Bilanzpressekonferenz im August '85. Schließlich erlebt man nicht alle Tage, daß ein Versicherungsunternehmen in einem Teilbereich so hohe Verluste macht, daß es diese nicht mehr mit den Gewinnen in anderen Bereichen ausgleichen kann und gezwungen ist, die Rücklagen um 22,8 Mio. DM anzugreifen.

Denn im Normalfall sind üppige Überschüsse in der Assekuranz an der Tagesordnung. Dies hat etwas mit den Rahmenbedingungen hierzulande zu tun, und das nicht erst seit der "Bonner Wende".

ben ohne Entschädigung, ebenso die von Feuer, Wasser und Sturm Betroffenen. Und die Inhaber von Lebensversicherungspolice könnten damit ihre Wände tapetieren. Damit es zu solch systembedrohenden Erschütterungen nicht kommen kann, weisen die Tarife im "Normalgeschäft" langfristige so satt kalkuliert werden, daß sprudelnde Gewinne schon fast unausweichlich sind.

### Lücken in der Versicherungsaufsicht

Es gibt allerdings auch Bereiche, wo die staatlich verordnete Gewinnerzielungspflicht Lücken aufweist: z. B. im kontrollierbaren Rückversicherungsgeschäft.

Man muß nicht unbedingt vom Dallas-Fieber heimgesucht worden sein, um zu wissen, daß im Stammland von BIG BOSS mit harten Bandagen zugeschlagen wird. Unso unverständlich, daß derartige riskante Seiltänze auch noch stark forciert wurden und - weil man scheinbar nicht genug kriegen konnte - ausgerechnet auch noch solche Risiken blausüßig übernommen wurden, die andere Rückversicherer (z. B. der DEUTSCHE HEROLD) im gestößen hatten.

Personalrat warnte bereits 1982

An Warnungen hat es nicht gefehlt. Bereits im Juni 1982 äußerte der Personalrat in zwei Vorstandsgesprächen über Gewerkschaftspolitisch schwere Bedenken in verbesorgnisserregende Ausmaßen.

Aber diese Bemerkungen sind mal mehr: Wirtschaftspolitisch Sicherung von der Arbeitnehmersicht.

Und deshalb mußte man nach Lektüre des Leitartikels im PROVINZIAL-Info 27/Mai 85 kommen. Zur Erinnerung sei hier nochmals der Leitsatz zitiert:

"Geräuschlos, aber dennoch wirkungsvoll, hat im Bereich Kraftfahrt-Betrieb ein Umstrukturierungsprozess stattgefunden, der im Hinblick auf organisatorische Zweckmäßigkeit, Arbeitsgestaltung und Mitarbeiterbeteiligung als vorbildlich bezeichnet werden darf." Dies entspricht weitgehend auch dem Urteil der betroffenen Mitarbeiter. Wir begrüßen dieses Urteil. Wir begrüßen die Aussagen, die es doch, daß die Führungsgrundsätze durchaus mit Leben zu erfüllen sind.

### Hohe Maßstäbe

Bedaürlicherweise ist allerdings festzustellen, daß diese selbstgelegte hohe Maßstäbe im nachhinein "gerissen" wurden. Sicherlich kann eine Neustrukturierung eines derart großen Bereichs für einen Übergangszeitraum zu einem gewissen Mehraufwand an K-Geschäft führen - aufschwung im K-Geschäft erleichtern und einem sich aus der Neustrukturierung zwangsläufig ergebenden Aufwuchs z. B. der Hinweis auf die

### Auch Lob für den Vorstand

Wir wollen nicht ungerecht Entscheidungen des Vorstandes kritisieren. Schließlich gibt es auch Positives zu berichten.

Erinnern wir uns an den Fall ehemaliger FDP-Vorsitzender 1. Land-Pfalz, der wegen seiner au-

## 'Mitarbeiterbeteiligung' Optimal gelöst in KB?

Zielrichtung dieses Schreibens zu geben, um notwendige Vorkehrungen zu treffen. Wir wollen ihren Beitrag dazu leisten, daß die Sache zu einer zufriedenstellenden Lösung führt. Ob - anders als es oft der Fall ist - die Vergangenheit in der Vergangenheit liegt, ist nicht notwendig, umgesetzt nicht auf höherer Ebene schänken! Ansehen wird ernehmen braucht auch keine "Ja-Sager" zu sein. Hoffen, daß sich diese Erregung in der Provinzialgang in der Provinzial-

### Neustrukturierung KB

Bei aller Kritik über das Ergebnis, daß hier mehr zu verzeichnen waren, ist dies möglich war - ausschauen konnte, ist ernehmen und von da Zeit Neustrukturierung verschlossene Information, a richte. Wir wünschen bei den Mitarbeiter-

## Eine von uns

Die Redaktion unterhielt sich mit Monika Wierse, geb. am 3. Dez. 57, Sachbearbeiterin in LP/LF.

ANSTALTS ECHO: Monika, Du bist Vertrauensfrau der Gewerkschaft HBV. Hat dies auch Einfluß auf Deine Freizeit?

MONIKA WIERSE: Natürlich, aber ich bin auch in der Friedensbewegung aktiv und mein großes Hobby ist Motorradfahren.

ANSTALTS ECHO: Warum ist für Dich die Gewerkschaftsarbeit so wichtig?

MONIKA WIERSE: Aus reinem Egoismus. Meiner Meinung nach ist die Gewerkschaft für Arbeitnehmer/-innen genauso wichtig wie der Helm für Motorradfahrer/-innen. Die Gewerkschaft ist die einzige Mög-

**Monika Wierse**

ANSTALTS ECHO: Du hast vorhin die Friedensbewegung angesprochen. Könnte man hier eine Verbindung zu Arbeitnehmerproblemen herstellen?

MONIKA WIERSE: Natürlich. Hochrüstung, moderne Waffensysteme, steigende Rüstungsausgaben kosten Geld. Machende Armut, Sozialabbau und weniger Geld in

# ANSTALTS ECHO

NR. 6  
MÄRZ '87  
ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN



ARBEITSZEITVERKÜRZUNG  
AB 1.1.87

## Einer von uns

Wir unterhielten uns mit Ulrich Strauß, dem Vorsitzenden der gewerkschaftlichen Vertrauensleute. Er ist Sachbearbeiter in der Abt. SKS und seit 8 Jahren bei der PROVINZIAL beschäftigt.



Ulrich Strauß

Ulrich Strauß: Im Gegenteil: Gerade weil durch weitere Leistungsverdichtung immer höhere Anforderungen an uns gestellt werden, darf die Arbeitszeitverkürzung nicht bei der 38,75-Stunden-Woche stehenbleiben. Unser Ziel ist weiterhin die 35-Stunden-Woche.

Gerade weil durch verstärkten Einsatz neuer Techniken weiterhin Arbeit in die EDV verlagert wird, muß eine gerechtere Verteilung der Arbeitszeit auch in den anderen Abteilungen...

## Wo bleiben die neuen Kolleginnen und Kollegen?

Seit dem 01.01.87 gilt für die PROVINZIAL die wöchentliche Arbeitszeit von 38,75 Stunden. Sie alle wissen: Das war eines der herausragenden Ergebnisse der Tarifrunde 1986. Personalrat und Vorstand haben sich darauf geeinigt, die Arbeitszeitverkürzung auf 5 Tage in der Woche zu verteilen. Das Ergebnis ist Ihnen bekannt. Viele Äußerungen von Kolleginnen und Kollegen zeigen, daß die Umsetzung des Tarifergebnisses in Form der täglichen Arbeitszeitverkürzung mit gleichzeitiger Verkürzung der Kernarbeitszeit montags bis donnerstags auf 15.00 Uhr überall positiv aufgenommen wurde. Der freiwerdende Zeitraum kann nun von jedem so genutzt werden, wie es seinen eigenen persönlichen Bedürfnissen zugute kommt.

Im Gegenteil, in einigen Abteilungen ist der Arbeitsdruck noch weiter gegangen. Um dies zu erkennen, müssen jedoch nicht erst pseudowissenschaftliche Methoden der Personalbedarfsmittlung angewendet. Ein Blick auf die Liste Nr. 6, die sämtliche Zeitüberschreitungen von über + 10 Stunden aufweist, spricht Bände.



# ANSTALTS ECHO

NR. 7  
JULI '87  
ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN

Baccarat Black Jack Treffpunkt Glück  
SPIELCASINO PROVINZIAL

## Übernahme-Roulette

Diejenigen von uns, die auf der letzten Personalversammlung wahlrechtlich bestimmt anwesend waren, erinnern sich bestimmt an die Rede von Annette Malottke, die Vorsitzenden der Jugendversammlung. Sie mußten den Rednerinnen des Personalrat...



die zentrale Anlaufstelle in der Personalabteilung nicht in der Lage war, Ordnung in das Chaos zu bringen und so die Zitterpartie verlängerte. Im Gegenteil: Manchmal hatten wir den Eindruck, daß es mehr um den Ruf der Kolleginnen ging, als um den Beruf...

3.200.000 DM gespart

## Einer von uns



UDO TISCHLER



## WAS ICH GERADE LESE

Bruno Reble, Abt. Marketing, Verkaufsförderung Außenendienst

Ich lese gerade "Das Werden des jungen Leiters" von Klaus-Peter Wolf. Jörg Staudte, ein kleiner Anwalt...

## Gewerkschaft und Frauen

Ein Schritt weiter

Der lange Rechtsstreit der HBV um die Gleichberechtigung von teilzeitbeschäftigten Frauen bei der betrieblichen Altersversorgung hat sich...

## Gewerkschaftliche Frauenarbeit

Mauern zu werden drohen! Unsere Forderung stößt aber auch an die Grenzen traditioneller Chancen und Möglichkeiten zugunsten der Mitarbeiterinnen...



## WAS ICH GERADE LESE

Annette Malottke, Abt. LPM

Peter Härtlings "Eine Frau" ist ein Unterhaltungsroman, der nicht nur durch seine einfühlsame Sprache besticht...

**Fundsache**  
aus dem Bausparvertrag  
Rhein-Baden

# ANSTALTS ECHO

NR. 8  
NOV. 87  
ZEITUNG DER HBV-BETRIEBSGRUPPE  
IN DEN PROVINZIAL-VERSICHERUNGSANSTALTEN



## Der Elefant im Porzellanladen

**Umgestaltung der Haustarife**  
Durchführung dieser Aktion hat bei Kolleginnen und Kollegen eine Welle der Verärgerung und Empörung hervorgerufen. Zielsetzung der Kritik war dabei nicht allein die Tatsache von teilweise hohen Beitragsrückstellungen, sondern auch die Methoden, mit denen diese rückgeführt wurden.

**zurückzuführen** ist diese Notwendigkeit wohl auf eine Auflage des Bundesversicherungsamtes für das Versicherungswesen (BAV). Wie diese Auflagen konkret aussehen, ist ohne weiteres bislang nicht nachvollziehbar. Begründet wird der in den letzten Jahren eingetretenen Schadenentwicklung. Wenn dies so ist - warum werden dann keine konkreten Zahlen genannt? Warum gewährt man den Kolleginnen/kollegen keine Einsicht in entsprechende Unterlagen? - Und last not least - ist es nicht versicherungsmathematisch falsch, für so eine kleine Anzahl von Verträgen einen eigenen Topf zu bilden? Wird in Sparten ohne feste Prämienbindung (Feuer, Haftpflicht) ähnlich verfahren, also für Verträge mit Rabatten eigene statistische Topfe gebildet? Fragen über Fragen, auf die es bislang keine Antworten gibt.

erheblich günstigere Konditionen als die Mitarbeiter erhalten. Hingewiesen sei ohne Anspruch auf Vollständigkeit auf die Rahmenvereinbarung mit WestLB, Sparkassen, Landesministerien etc. Was allenfalls verstärkten berechtigten Unmut bei den Kolleginnen/Kollegen hervorgerufen hat, ist die Tatsache, daß man bei tarifmäßiger Beantragung im Sachbereich als Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes (und dies sind wir!) scheinbar heute günstiger steht als bei der Wahrnehmung des Haustarifes. Kolleginnen und Kollegen, die diesen Weg gewählt haben, ist die Annahme des Antrags verweigert worden. D. h. im Klartext: Die PROVINZIAL verlangt ihren Mitarbeitern Überbittliche Prämien ab.

## Illoyale Mitarbeiter

Es gibt eine Reihe von guten Gründen, die eine Kündigung rechtfertigen. Da die PROVINZIAL abzuschließen. Da es einmal der ausdrückliche Wunsch der Verwaltungsrats von Vorstandsmitgliedern ist, die Tatsache, daß man mit weiteren der Tatsache, daß die Schadenleistungen nicht in möglicher Weise zwischen Kolleginnen und Kollegen aufgeteilt werden können. Sehr sachgerechter bringen will. Sehr aufklärung bringen will. Ist in der Vergangenheit in dem Hause der Vorwurf der "Möglichkeit" erhoben worden. Man ist in der Vergangenheit bei Unfall nicht zu schade, den Kolleginnen (Fortsetzung)

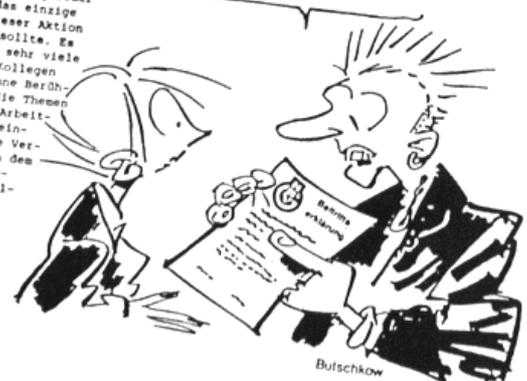
## Schlau sein - in HBV sein!

Am 1.4.87 begannen die drei Werbetaams der HBV-Vertrauensleute mit einer geplanten Werbekampagne. Die Aktion beschränkte sich zunächst auf drei große Abteilungen unseres Hauses.

Der Erfolg ließ nicht lange auf sich warten. Innerhalb von sechs Monaten konnten 40 neue Kolleginnen und Kollegen bei der HBV begrüßt werden.

Die Werbung neuer Mitglieder war aber nicht das einzige Ziel, das mit dieser Aktion erreicht werden sollte. Es zeigte sich, daß sehr viele Kolleginnen und Kollegen sich gerne und ohne Behörde an der Thematisierung der Gewerkschaft und Arbeitsnennungsververtretung beteiligen und daß die Vertrauensleute neben dem Personalrat als Gesprächspartner willkommen sind.

HEY, BABY!  
DU BRAUCHST DIE VOLLGEILE ABDECKUNG DEINER RISIKEN, DAMIT DU AUCH GUT DRAUF BIST, FALLS MAL 'NE NULL-PHASE ANGESAGT IST!



Butschkow

## Überbittliche Prämien?

Fest steht schon jetzt, daß bei "Änderung" der Haustarife andere Kundengruppen...



# Was uns verbindet

Hintere Reihe (v.l.n.r.):

Ralph von Vorst  
 Wilhelm Kirschkamp  
 Guido Daub  
 Walter Spieker  
 Norbert Schwahne  
 Udo Tischler  
 Jürgen Osterwind  
 Jürgen Neumann  
 Angela Meeuvissen  
 Hans Preis  
 Ralf-A. Kühndahl  
 Ulrich Bartsch  
 Erich Ackermann  
 Marianne Speldrich  
 Jürgen Brück  
 Susi Ackermann  
 Ursula Bletgen  
 Kurt Kropp  
 Ulrich Strauß  
 Fritz Geibhardt  
 Dieter Frehe  
 Astrid Mergner  
 Fabienne Breuer  
 Friedel Blissenbach  
 Bruno Reble  
 Birgit Barthel  
 Wolfgang Leyendeckers  
 Margit Ahrens  
 Gabriele Lange-Markwart  
 Gernot Hanisch  
 Herbert Alles



Nicht auf dem Bild:

Harald Henkel, Ute Kombüchen, H.-Gerd Kuiper, Monika Wierse,  
 Angelika Bücher, Reinhard Ockel, Ingo Tarnow,  
 Jürgen Kerkmann, Annette Malottke.

**Eine Gewerkschaft  
 für alle**



Was wir erreicht haben	Was wir noch erreichen müssen
<p>Arbeitsfreier Samstag                      30 Tage Urlaub für alle                      Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 38,75 Stunden                      Besitzstandssicherung beim Übergang von BAT auf PVT durch Überleitungstarif                      Sonderzahlung eines 13. und 14. Monatsgehalts plus Urlaubsgeld                      Tarifliches Rationalisierungsschutzabkommen                      Betriebliche Dienstvereinbarungen z.B. über gleitende Arbeitszeit, zur Bildschirmarbeit, Benutzung der Telefonanlage...</p>	<p><u>Arbeit für alle:</u>                      durch weitere Arbeitszeitverkürzungen  <u>Gleiche Rechte für alle:</u>                      keine Benachteiligung von Frauen, Chancengleichheit muss Praxis werden  <u>Volle Mitbestimmung in allen Bereichen:</u>                      auch bei der Anwendung neuer Technologien, denn technischer Fortschritt muss auch Fortschritt für den Menschen sein!</p>

## 1989: Die Mauer fällt

Gegen Ende der achtziger Jahre zeigen sich die ersten Konsequenzen des Wetttrübens: Dem wirtschaftlich schwächeren System geht die Luft aus. Im Oktober 1989 fällt die Berliner Mauer. Eine grundlegende Verschiebung des politischen Kräfteverhältnisses wird eingeläutet.

Die neunziger Jahre stehen wirtschaftlich zunächst im Zeichen eines Wiedervereinigungsbooms, dann zunehmend unter dem Diktat staatlicher Sparmaßnahmen und einer bedrohlich anwachsenden Massenarbeitslosigkeit. Denn ohne lästige Konkurrenz im Rücken kann der Kapitalismus die soziale Maske fallen lassen und sein wahres Gesicht zeigen.

Die Gesellschaft wird polarisiert: Die „Mittelschichten“ schrumpfen, ein Drittel der Bevölkerung wird an den Rand der Armut gedrängt, während auf der anderen Seite das Vermögen der Reichen und Superreichen aus allen Nähten platzt.

## Rationalisierung im Büro

In den Betrieben wird rationalisiert, was das Zeug hält. Konventionelle Aktenbearbeitung gehört seit den neunziger Jahren bei der Provinzial der Vergangenheit an. Alles was an Schriftverkehr reinkommt wird digitalisiert und elektronisch an Bildschirmen weiterverarbeitet.

## Neue Medien

Der Außendienst wird in die elektronische Datenverarbeitung eingebunden, zunächst über Bildschirmtext (ab 1985), später über das Internet (ab 2000).



Foto: PC-Schulung von Außendienstlern im Jahre 1985.

Mit den neuen Medien ist es möglich, Arbeitsplätze vom Innendienst in den Außenbereich zu verlagern. Der „vogelfreie“ und schlecht bezahlte Außendienstler ist nicht mehr mit Kugelschreiber, Tarifmappe und Durchschreibeformularen bewaffnet, sondern mit einem Klapprechner (LAPTOP) und berechnet die Vertragsdaten im Wohnzimmer des Kunden. Anschließend wird alles (einschließlich elektrischer Unterschrift) per Funk oder Kabel an die Hauptverwaltung geschickt und dort direkt in den Zentralrechner eingespeist.

Die Zahl der Innendienstler sinkt kontinuierlich. Sie hat Anfang der neunziger Jahre mit mehr als 2.500 Mitarbeitern den höchsten Stand und vermindert sich von da an jährlich um fast 2 %. Im Jubiläumsjahr 2011 gibt es in der Hauptverwaltung weniger als 2000.

## Was bringt die Zukunft?

Sichere und sinnvolle Arbeit für alle oder immer mehr Outsourcing, Leiharbeit, Minijobs und unsichere Beschäftigungsverhältnisse auf Vertreterbasis?

## Schöne neue Welt

1995 wird am Werstener Autobahnkreuz ein neues Verwaltungsgebäude bezogen:



viel Glas und Marmor nach außen, so wie Lieschen Müller sich eine Versicherung vorstellt, aber durch die große gläserne Halle im Innenbereich auch transparent, kontaktfähig und für Kundgebungen bestens geeignet, z.B. Betriebsversammlungen.

# Euro, Europa und Liberalisierung

Im März 2000 beschließen die Mitgliedstaaten beim europäischen Rat in Lissabon eine Harmonisierung der Finanzmärkte in der EU unter dem Etikett „*Finanzmarktregulierung*“.

In Wahrheit ist dies eine Deregulierung, wie sich am besten in der Versicherungsbranche aufzeigen lässt.

Vorher gab es feste und einheitliche Spielregeln, die von einer Staatsaufsicht kontrolliert wurden: Kaiserliches Aufsichtsamt (seit 1901), Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (seit 1952).

## **Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!**

Die Notwendigkeit für die staatliche Regulierung lag in den Auswüchsen eines ungezügelten Versicherungsmarktes, so wie er sich im aufkeimenden Industriekapitalismus des 19ten Jahrhunderts entwickelte.

Denn das Aufkommen der Privaten Aktiengesellschaften und der von ihnen entfesselte Konkurrenzkampf „Jeder gegen Jeden“ hatte zu bösen Entartungen vor allem im Vertragsgestrüpp der Bedingungen und Klauseln geführt. Um Wettbewerbsvorteile zu erlangen, waren einige besonders „clevere“ Gesellschaften dazu übergegangen, verdeckte Ausschlüsse einzubauen, um sich im Schadensfall unter Hinweis auf das „Kleingedruckte“ vor Zahlungen zu drücken.

Die Einführung der Versicherungsaufsicht im Jahre 1901 machte Schluss mit diesen „Wild-West-Methoden“. Von nun an herrschten Ordnung und einheitliche Spielregeln und jeder, der Versicherungen verkaufen wollte, musste sich daran halten.

Der gute alte Nachtwächterstaat, der sich aus allem raushielt und die Versicherungswirtschaft dem freien Spiel der Kräfte überließ, hatte ausgesorgt. An seine Stelle trat ein Staat, der aktiv im Interesse der großen Konzerne in den Wirtschaftsprozess eingreift, um ein allgemeines Chaos zu verhindern.

Dies gilt auch heute noch nach 100 Jahren. Nur mit der staatlichen Kontrolle ist es in unseren Tagen nicht mehr weit her.

## **Aufsichtsamt ohne Zähne**

Zum 1. Mai 2002 verschmilzt das Bundesaufsichtsamt für das Versicherungswesen (BAV)

zusammen mit den Aufsichtsämtern für das Kreditwesen zur Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), leider ohne echte Kompetenzen und Steuerungsmechanismen, um einen tendenziell aus dem Ruder laufenden Markt unter Kontrolle zu halten.

Die Folgen: Die Produkte werden immer komplizierter und beratungsintensiver. Jede Gesellschaft bastelt sich ihr eigenes Bedingungswerk zusammen. Keiner schaut mehr durch und im Schadensfall kommt es nicht selten zu einem bösen Erwachen.

## **Harte Zeiten erfordern starke Gewerkschaften**

Im März 2001 fusionieren 5 Einzelgewerkschaften zur Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (VERDI), darunter

Handel, Banken und Versicherungen (HBV)  
Deutsche Postgewerkschaft,  
IG Medien/Druck und Papier,  
Öffentl. Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV)  
Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)

Damit wird auch die einstmals berufsständische Angestellten Gewerkschaft (DAG) in den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) integriert, was als historischer Schritt gewertet werden kann.

## **Umstellung mit „Big Bang“**

Ende 2001: Der EURO kommt „Knall auf Fall“ und die guten alten PROVINZIAL Feuer- und Lebensversicherungsanstalten der Rheinprovinz werden in Aktiengesellschaften umgewandelt unter neuen Namen:

Provinzial Rheinland Versicherung AG und Provinzial Rheinland Lebensversicherung AG.

Die Vertretung der Belegschaft heißt nicht mehr Personalrat, sondern Betriebsrat, was allerdings nicht auf eine Beschneidung von Rechten hinausläuft sondern eher im Gegenteil.

Aber letztendlich entscheidend für die betriebliche Praxis sind nicht die Paragraphen des Personal- oder Betriebsverfassungsgesetzes, sondern die einheitliche Interessenvertretung aller Beschäftigten.

*Wir machen das, wer sonst?*